

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgeheften Beilage oder deren Raum 50 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 250.

Donnerstag, den 24. Oktober 1918.

25. Jahrg.

Oesterreichs Ende?

Finis regni Poloniae (das Ende des polnischen Reiches) soll der Polenführer Kosciuszko in der Schlacht bei Maciejowice am 10. Oktober 1794 ausgerufen haben, als er, aufs schwerste verwundet, dem Sieger seinen Säbel abliefern mußte. Während Polen seine Sehnsucht nach staatlicher Selbständigkeit und nationaler Zusammenfassung seiner von Rußland, Preußen und Oesterreich zerrissenen Nation befriedigen kann, wankt die Habsburger Monarchie in ihren Grundfesten. Auf den polnischen Teil verzichtet schon das Manifest Kaiser Karls an seine „getreuen Völker“. Alle übrigen Völker dieses Reiches suchen sich als Nation nicht nur, sondern als selbständige staatliche Gebilde zusammenzufassen. In voller Auflösung befindet sich der Staat der Habsburger, das kunstvolle Gebilde Maria Theresias, Franz des Ersten und Franz Josephs. Gegen all diese Zerreißungsbestrebungen gibt es keinen Widerstand mehr. Auch die Deutschen in Oesterreich, die bisher die zusammenfassende Kraft waren, streben nun nach staatlicher Selbständigkeit und nach vollkommener Unabhängigkeit, nach Ausschluß jedes Zusammenhangs mit den anderen Nationen. Die Magyaren proklamieren die vollständige Unabhängigkeit von Oesterreich, sie wollen in gar nichts mehr mit ihm verbunden sein. Selbst das Haus Habsburg-Lothringen scheint Oesterreich aufzugeben und nur noch nach einer Formel zu suchen, auf Grund deren für Karl und seinen Sohn irgend ein Schein der alten Macht noch erhalten bleiben könnte.

So stand Oesterreich, bevor Wilsons Antwort bekannt geworden war. Alle Zugeständnisse an die Völker Oesterreichs in der Note des Kaisers Karl, Zugeständnisse, die alles überragen, was der extremste Föderalismus als Bruch mit der Vergangenheit wünschen konnte, all das wird übertrumpft durch die Forderung Wilsons, die den Tschechen, Slowaken und den Jugoslawen (Kroaten, Serben, Slowenen) die vollständige Selbständigkeit bei der künftigen Gestaltung ihres Schicksals sichern will und die sie als ein staatliches Gebilde anerkennt, das bei den Friedensverhandlungen selbständig auftreten wird. Setzt das Wilson durch, so gibt es kein Oesterreich mehr, es gibt aber auch kein Oesterreich-Ungarn mehr; alle Bemühungen der magyarischen Staatsmänner, Ungarn aus dem Strudel zu retten, in den das Habsburger Reich gerissen wurde, dürften vergeblich sein.

Somit die Tschechen-Slowaken wie die Jugoslawen verlangen für ihre künftige staatliche Selbständigkeit nicht bloß Gebiete, die in Oesterreich liegen, sondern ebenso solche auf ungarischem Boden. Mag auch der peinliche Sprachforscher in den Slowaken keine reinen Tschechen sehen, so ist doch die slowakische Sprache und der slowakische Stamm ein Nebenweig der tschechischen Sprache und Nation. Bei den künftigen staatlichen Gebilden werden nicht die Akademien der Wissenschaften, die Gelehrten der Sprachwissenschaft und der Völkerkunde die Grenzen bestimmen, sondern das Wort des Siegers wird den Ausschlag geben. Dieser Sieger aber ist natürlich über die Verhältnisse eines so überaus komplizierten Gebietes, wie es die österreichisch-ungarische Monarchie ist, nicht unterrichtet. Es ist das kein Vorwurf gegen Wilson, denn man braucht ja nur die deutschen Zeitungen zu lesen, um zu erkennen, daß man auch bei uns von Oesterreich-Ungarn fast gar nichts versteht. Wilson ist beraten von Männern, die sich im Gegensatz zum alten Oesterreich befinden und während des Krieges die Heimat verlassen haben, um der Entente Dienste zu leisten. Tschechische und südslawische Politiker, in allererster Linie der Professor der Philosophie an der tschechischen Universität in Prag, und Reichstagsabgeordnete Masaryk, sind die Berater Wilsons. Man muß fürchten, daß diese die weitestgehenden Forderungen aufstellen.

So kommen die Tschechen, wenn es nach der Meinung Wilsons gehen sollte, zu einer Staatlichkeit von einer nie gehofften und bis vor kurzem nie verlangten Größe. Böhmen, Mähren, Schlesien, Nordwestungarn fast bis zur Donau hinunter, würden in das tschechische Staatsgebiet fallen. Dieses Gebiet würde also über die historischen Grenzen der sogenannten Wenzelstrone hinausgreifen; sie würde nicht nur Oesterreich zersprengen, sondern auch Ungarn zerschneiden, und sie würde, was uns Deutschen am meisten nahe geht, altes deutsches Land und alte deutsche Stämme in das tschechische Staatsgebiet hineinzuzwingen suchen. Es würde eine wichtige Aufgabe der Deutschen Oesterreichs sein, die innerhalb Böhmens und Mährens liegende geschlossenen deutschen Sprachgebiete von der Ersaffung durch den sich bildenden tschechisch-slawischen Staat zu bewahren. Aber selbst wenn das gelingen sollte, so bleiben noch zahlreiche deutsche Ortshaften und Gebiete in Böhmen, Schlesien und Mähren in tschechische Gebiete eingeprengt, deren nationale Sicherung außerordentlich schwierig sein dürfte. Jedenfalls wird man befürchten müssen, daß die Tschechen diesen Deutschen nicht ausreichend die Erhaltung ihrer Nationalität sichern werden.

Nicht bloß nationale Fragen von höchster Bedeutung drängen sich jedem Deutschen auf, auch große wirtschaftliche Probleme treten uns da entgegen. Vor allem ändern sich wir das gewaltige Zentrum des Brau-

kohlenbergbaues in der Gefahr, vom tschechisch-slawischen Staat erfaßt zu werden. Das gewaltige Zentrum für Industrie und Bergbau von Großprag und Radno soll vollständig getrennt werden von dem Zusammenhang mit dem übrigen Oesterreich. Das sind aber nicht bloß Fragen für diejenigen, die auf diese Gebiete verzichten sollen. Es sind das auch sehr schwere Probleme für die Tschecho-Slowaken, deren vollständig unabhängiger Staat durch keinerlei Band mehr mit dem alten Oesterreich verbunden sein soll. Es ist ausgeschlossen, daß dieser tschechisch-slawische Staat, der aus der Zugehörigkeit zu einem großen Wirtschaftsgebiete zahlreiche Vorteile gezogen hat, in seiner Selbständigkeit auch die notwendigen wirtschaftlichen Existenzbedingungen finden kann. Aber die Tschecho-Slowaken werden sich in ihrem übertriebenen Nationalismus, vermutlich unterstützt von der Entente, wehren gegen irgend eine Verbindung mit dem übrigen Oesterreich, sie wollen weder einen Habsburger zum Herrscher noch ein Wirtschaftsgebiet wie das bisherige.

Es ergibt sich eine andere, für Deutschland besonders gefährliche Möglichkeit. Wir müssen damit rechnen, daß aus den Gärungen im Osten ein neues Staatsgebilde erwächst, die Vereinigten Staaten von Osteuropa, die bei weitestgehender politischer Selbständigkeit der Einzelteile, wie Großrußlands, der Ukraine, des Kaukasus, Polens, Finnlands, doch zu einer Zusammenfassung in einem Bundesstaat mit gemeinsamer Gesetzgebung und wirtschaftlicher Verfassung führen werden. Wenn sich an dieses Gebilde der künftige tschechisch-slawische Staat angliedern würde, so könnten die kommenden Vereinigten Staaten von Osteuropa bis an die Tore von Eger gehen. Was das für Deutschland bedeuten würde, sagt ein einfacher Blick auf die Landkarte.

Von geringerer Bedeutung für Deutschland, aber von größerer Bedeutung für die Entwicklung auf dem Balkan sind die Versprechungen Wilsons an die Jugoslawen. Auch hier greift das Wilsonsche Programm eines künftigen jugoslawischen Staates ebenso in das österreichische wie in das ungarische Staatswesen hinein. In Südungarn tritt die magyarische Bevölkerung weit zurück hinter den Serben und Rumänen. Kroatien und Slowenien, die zum ungarischen Staatsgebiete gehörten, sind Teile des kommenden jugoslawischen Reiches. Auf österreichischem Gebiete wird man, soweit die Italiener ihre Forderungen nicht anmelden, für dieses künftige Staatsgebilde Dalmatien, Istrien, Krain, Südtirol, selbst Teile von Kärnten verlangen. Das Gleiche gilt für Bosnien und die Herzegowina. Der Ausschluß dieser Gebiete an Serbien und Montenegro mag im Plane Wilsons liegen, jedenfalls aber die Abtrennung dieser Gebiete von der bisherigen österreichisch-ungarischen Monarchie. Aller Vermutung nach wird man ferner Teile von Südungarn, Siebenbürgen und der Bukowina den Rumänen zufügen wollen und auch Ostgalizien und die übrige Bukowina vom bisherigen Staate abtrennen.

All das entwickelt sich, ohne daß der Ruf nach dem alten Oesterreich ertönt. Das Schicksal des alten Kaiserstaats scheint festgelegt. Noch mehr als von außen wirken von innen die Kräfte, die ihn vollkommen erschüttern. Die geschlagenen Italiener hoffen auf die Erfüllung aller ihrer Wünsche, und die Deutschen haben die Sehnsucht, daß Wilson nicht verhindere, daß sie sich dem Deutschen Reich eingliedern dürfen.

Eine so tiefe Erschütterung reizt nicht nur den Staat auseinander, sie kann auch die Armee nicht mehr zusammenhalten. Wer soll die Kosten für diese Armee aufbringen, wer soll diesem zugrunde gehenden Staate Kriegsanleihen bewilligen? So scheidet Oesterreich-Ungarn, mag die Antwort an Wilson lauten, wie sie wolle, aus der Reihe der kriegsführenden Mächte aus.

Was das für das Deutsche Reich bedeutet, gegen das jetzt auch die Neutralen ihre Forderungen anmelden, muß nun auch der politisch ungeschulte Leser verstehen.

Ein Oppositionstag.

Die Mittwochsitzung des Reichstags begann mit einer langen Rede des Abg. Haase. Der Führer der Unabhängigen war diesmal in einer ziemlich günstigen Situation. Seine Partei nimmt an der Regierung nicht teil, ist mit der Verantwortung nicht belastet, und kann ihrem Herzensdrang nach Kritik freien Lauf lassen. Dazu kommt, daß ja die Dinge einen Lauf genommen haben, der von Anfang an pessimistisch bestimmten recht gibt; aber es wäre weit gefehlt, deswegen anzunehmen, daß gerade und nur die Unabhängigen recht behalten hätten. Wir kennen Angehörige sehr bürgerlicher Fraktionen, auch wahrlich nicht wenige Mitglieder unserer eigenen Partei, die ihre schlichten Erwartungen erfüllt sehen. Es ist immerhin eigenartig, daß Haase sich diesen Zeitpunkt aussuchte, um der Partei, deren Vorsitzender er solange gewesen ist, ihre wirklichen oder angeblichen Irrtümer in sehr zugespitzter Form vorzuwerfen. Verzeichnet sei, daß er als erster Redner in dieser Debatte die Frage der Monarchie aufwarf, daß er die Entscheidung über Elsaß-Lothringen nur durch die Volksabstimmung getroffen sehen und daß er auch Ostpreußen nicht durch einen

polnischen Gürtel vom übrigen Deutschland abgetrennt sehen will. Der Vizekanzler von Banger erklärte, die „Antimonarchischen Extravaganzen“ Haases zurückzuweisen, sie seien nicht zeitgemäß — was immerhin weit entfernt ist von der tiefen Enttäuschung, die man noch vor nicht allzulanger Zeit vom Regierungssitz hätte vernehmen müssen. Im übrigen war seine Rede einer sehr geschickten und wirkungsvollen Polemik gegen die konservativen Reformgegner gewidmet. Er wies auch nach, daß ein Koalitionskabinet, in dem auch die Konservativen läßen, nicht dazu beitragen könnte, uns das verlorene Vertrauen der Welt wiederzugewinnen.

Graf Posadowsky fand sich mit dem parlamentarischen System schlicht und recht und mit allerhand Bedenken und staatsrechtlichen Untersuchungen ab. Der Pole Stynal war in der Form unangreifbar, in der Sache allerdings entsprach seine Rede jenen polnischen Rundgebungen, die man in der letzten Zeit auch von den preußischen Polen vernommen hat, und deren Wirdegabe nicht immer ganz leicht gewesen ist. Sehr bedeutsam war die Rede des Abg. Ricklin. Er erklärte, daß die Erhebung des Reichslandes zum Bundesstaat, wenn sie rechtzeitig gekommen wäre, vielleicht sogar den Krieg verhindert hätte, jetzt aber bedeuete sie, daß der endgültigen Entscheidung vorgegriffen werde, was die Elsaß-Lothringer nicht anzuerkennen vermöchten. . . . Daß der Däne Hansen, übrigens in seiner ruhigen und unbedenklichen Art, die Volksabstimmung für Norddithlewig forderte, war nicht mehr überraschend. Er kann sich dabei auf den § 5 des Prager Friedens von 1866 berufen.

Nach diesen Reden vertagte sich das Haus auf Mittwoch, wo zuerst die Regierungen zu den Erklärungen der „Nationalitäten“ Stellung zu nehmen haben wird. Am Mittwoch soll auch die diesmalige Tagung des Reichstags zu Ende gehen.

Während der Sitzung fand vor dem Reichstage eine Demonstration der Anhänger Karl Liebknechts statt, die ihr im Triumph vom Bahnhof abgeholt hatten. Seine Ansprache zeigte ihn unveränderten Geistes.

Mittwoch, 23. Oktober.

194. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Payer, Trimborn, Dr. Solf, Graf Roehren, Gröber, Haußmann, Scheibemann, Erzberger, v. Krauß, Schiffer, Schenk.

Die Beratung der Gesetzentwürfe zur Wänderung der Reichsverfassung wird fortgesetzt.

Abg. Haase (U. Sez.): Die Weltrevolution, die der Krieg eingeleitet hat, hat eine stürmische Entwicklung genommen. Oesterreich-Ungarn hat sich aufgelöst, die Türkei existiert im alten Bestande nicht mehr, ein Araberreich ist entstanden, Ägypten ist jetzt an England angegliedert, das auch in Mesopotamien maßgebend geworden ist. Bulgarien ist aus dem Bündnis mit uns ausgegliedert und schließt sich der Entente an. Oesterreich-Ungarn muß folgen. Der deutsche Imperialismus hat das Spiel vollständig verloren. (Sehr wahr! bei den Unabh. Sez.) Wir empfinden aber nicht Befriedigung über die Stärkung des Imperialismus anderer Länder, wir sind Gegner jedes Kapitalismus. Dem Volke geht es um die Lage zu verschleiern, wäre sinnlos und verbrecherisch. Das Volk fühlt sich belogen und betrogen, es begreift nicht, nachdem man ihm immer von Siegen und Siegen gesprochen hat, den schneidenden Zusammenbruch. Es hände besser mit uns, wenn man die Friedensstufen, die im Frühjahr 1915 zwischen England und Deutschland anspannen, nicht abgerissen hätte. Als ich im Frühjahr 1916 erklärte, der Krieg werde damit enden, daß es weder Sieger noch Besiegte gäbe, aber die Völker aus tausenden Wunden bluten, wurde ich beschimpft und nicht zum wenigsten von den Sozialdemokraten. (Zustimmung bei den Unabh. Sez., Widerspruch bei den Sez und Zurf: Bemühte Lüge!) Durch Geschrei können Sie diese Tatsachen nicht aus der Welt schaffen. Mit der Erklärung des U-Boot-Krieges stimmte meine Prognose nicht mehr. Diese mußte zum U-Boot führen. Von dem verschärkten U-Boot-Krieg wollen die Parteien jetzt abrücken, aber der verschärkte U-Boot-Krieg war nur die notwendige Konsequenz, auch wenn man jetzt vor ihm gewarnt hat. Die Sozialdemokraten sind also mitschuldig an der gegenwärtigen Situation, und unheimlich, als sie dem alten System die Mittel zur Fortsetzung des Krieges bis zuletzt bewilligt haben. Auf die Friedensresolution vom 19. Juli sollten Sie sich nicht berufen. In ihrem Rahmen sind ja die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest geschlossen, die einen Gemischtsfrieden, nicht einen Rechtsfrieden bedeuten.

Den Gedanken des Selbstbestimmungsrechts der Völker haben zuerst die revolutionären Sozialisten in Zimmerwald als Grundlage des gedeihlichen Friedens erklärt, während hier alle Fraktionen den Grundged der Unverletzlichkeit der Grenzen aufstellten. Graf Westarp kennt die Vorgeschichte des Waffenstillstandsangebots und ist doch nicht mit ihm einverstanden. Will er, daß der Krieg weitergehe? Dieses Angebot ist keineswegs der Initiative der neuen Regierung entsprungen, sondern Hindenburg und Ludendorff verlangten es. (Hört, hört! bei den Sez.) Dann aber ist es ungeschicklich, daß nicht alles geschieht, um schnell zum Waffenstillstand zu gelangen; jedes weitere Blutvergießen ist ja selbst vom militärischen Gesichtspunkt aus völlig sinnlos. Ein Schwarmgeist wie Dehmelt mag erklären, das Volk müsse bis zum letzten Mann, bis zum letzten Blutstropfen kämpfen. Die Regierung aber muß die Dinge nüchtern betrachten und aufs schnellste den Waffenstillstand herbeiführen. Alle diese Aufzuse zu weiterem Kampf sind geradezu verbrecherisch. Haben doch die Millionenheere von wehrfähigen Männern nichts mehr übrig gelassen. Deshalb hätte das Waffenstillstandsangebot ganz anders lauten müssen. Auch über die Verwirklichung macht die Note keinen erheblichen Eindruck. Eine offene Sprache, die die Bewusstseinsverurteilung, hätte unsere Friedensaktion gefördert. (Sehr wahr! bei den Unabh. Sez.) Statt dessen ist noch am 8. Oktober in Elsaß-Lothringen eine Verfügung angeschlagen, in der es heißt, daß kein Fußbreit dem Gegner überlassen werden soll, eher werde das Land das Schicksal der Kampfgebiete in

Frankreich teilen und zu einer Trümmerstätte werden. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) Das muß auch die letzte Seite von Sympathie für Deutschland aus den Herzen der dortigen Bevölkerung reifen. Auch in der U-Boot-Frage müßte die Note anders lauten. Nach dem Mißerfolg des verstärkten U-Boot-Krieges müßte von vornherein erklärt werden, daß er eingestellt werden soll. Wozu stehen ferner noch deutsche Kruppen im Osten, wo sie den Haß der Bevölkerung gegen uns vermehren. Der Krieg hat eine Entwicklung genommen, wie ihn Friedrich Engels in geradezu genialer Weise vorausgeschildert hat. Und Sie (nach rechts) sehen schauernd diese Früchte heranziehen. Jetzt lassen Sie es sich gern gefallen, daß Vertreter der Arbeiter in die Regierung einzutreten, um zu retten, was an diesem System zu retten ist. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.) Die Kronen rollen auf das Kaiser, die Krone des Kaisers Nikolaus, die Krone des Bulgarenkönigs, die Kaiserkrone ungarischer Kaiserkrone, die Schalten sind vorbeigeht. Die Kronen von Finnland, Litauen und dem Baltikum. Deutschland wird rings von Republiken umgeben sein, und so sollten wir noch einen Kronenträger oder gar viele Kronen und Kränze haben! (Große anhaltende Unruhe rechts.) Bürgerliche Blätter haben es als Selbstverständlichkeit betrachtet, daß der Kaiser sein Amt niederlegt. Gerade in konstitutionalen Kreisen wird jetzt am häufigsten erörtert, daß Deutschland wichtiger sei als die Hohenzollern Dynastie. (Witzige und andauernde Lärm rechts: Präsident Fehrenbach bittet um Aufhören. Erneuter Widerspruch rechts.) Die ganze bisherige Umformung ist elendes Fließwerk. Der Verlagerungsstand müßte wie zuvor. Die Oberpräsidenten werden nicht freier sein als die kommandierenden Generäle. Sie sind von demselben Geist der Vaterlandspartei erfüllt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Anruf meiner Partei an das deutsche Volk ist verboten. Die Blätter sind unterdrückt worden. Die ihn beenden. Die Breslauer Volkswacht, ein Blatt der Mehrheitsblättern, wurde auf drei Tage verboten, weil sie die Abschaffung der Drucksache forderte. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) Noch immer werden Versammlungen verboten und Manuskripte der Rede eingereicht. Auf Beschwerden wird nach altem Schema erwidert, die Angelegenheit sei den zuständigen Stellen übermietet worden. Eine wirklich freiheitliche Regierung hätte die Zensur und die schändlichen Redeverbote aufgehoben. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.) Auch die Zensur beschränkt unter der neuen Regierung weiter. Ein Geheiß des Berliner Mitteilungsblattes um ihre Aufhebung ist unter dem 10. Oktober ohne Angabe von Gründen abgelehnt worden. Der „Leipziger Volkszeitung“ ist die Ausfuhr ins neutrale Ausland verboten. Ebenso aber auch die Marx-Biographie von Franz Mehring. Die Herausgabe einer Tageszeitung in Berlin wird noch immer nicht erlaubt. In Königsberg dauert der restriktive Zensurzustand fort. Die offene und geheime Schikarre besteht weiter. Frau Agnes in Düsseldorf wurde auf 6 Monate in Singhaft gesetzt, weil man Gefängnisgemeinschaft mit einer brieflichen Anwesenheit ihres Mannes bei ihr vermutete. (Witzige.) Selbstlos gab die Düsseldorf Polizei zu, seit Kaiserin Agnes die Freiheiten der Frau Agnes geöffnet zu haben. Tausende von Arbeiter werden lediglich aus politischen Gründen im Gehege festgehalten. Die Verordnungsakte sind unzulänglich. Die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht bestraft, sondern vom Volke bestraft werden. Frau Rosa Luxemburg ist ohne Anklage noch immer in Singhaft. Katholische Reichsleiter bringen von den revolutionären Parteien zu uns aus dem Zuchthaus von Celle: Sie müßten so hungern, daß sie lieber wüßten, mit ihren Kameraden erschossen zu sein. Die Anstalten müßten auf die besetzten Gebiete ausgedehnt werden. Die russische Regierung führt ein Schreckensregiment. 60 000 Arbeiter sind als Opfer ihrer Wut gestraft. Je schneller die deutschen Arbeiter dort zurückgezogen werden, umso besser für unsere Politik und für die Menschlichkeit. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.)

Wir sind für den Präsidenten Wilson keineswegs unbedarft. Wir wünschen, daß der Wilsonismus die Interessen der Arbeiter nicht zu ihrem Rechte kommen läßt. Wenn die bürgerlichen Regierungen sich endlich an den Friedensvertrag geneigt haben, werden sie am Ende gemächlich über die russische Republik herfallen. Der gegenwärtige Reichskanzler hat etwas derartiges schon angedeutet. Wir fordern das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Reichsflotten gehören nach Sprache und Willen in Dänemark. Mit unseren französischen Freunden kämpfen wir dagegen an, daß Frankreich durch das Schwert Elsaß-Lothringen übergeben wird. Die Elsaß-Lothringische Bevölkerung muß selbst entscheiden. Das gilt auch für die deutsch-polnischen Grenzgebiete. Es wäre ein Unglück, wenn durch großpolnische Agitationen die Verbindung Ostpreußens mit dem übrigen Deutschland unterbrochen würde. Entschieden muß sein, was die Bevölkerung will, nicht was einzelne Polen hoffen und wünschen. Wir würden trübe in die Zukunft wegen der schweren Leiden des Volkes und wegen der nachwirkenden unerschwinglichen Kriegslasten. Aber gleichviel wie der Krieg endet, das deutsche Volk wird nicht untergehen. Rettung aus Not, Elend und Unterdrückung bringt nur die Heberwindung der heutigen Gesellschaftsordnung. Von der Kühnheit und Entschlossenheit der deutschen Arbeiter, freilich auch der Arbeiter anderer Länder, hängt es ab, wie rasch die Umwälzung erfolgt. Aber letzten Endes wird aus allem Elend doch die volle Befreiung der Menschheit hervorgehen. (Bravo! h. d. U. Soz.)

Bisanzler von Bayer: Die antimonarchischen Extrazugenden des Vorredners weise ich zurück, es ist jetzt nicht Zeit, zu dazwischen tretenden Stellung zu nehmen. Von der rechten Seite hat man uns zum Vorwurf gemacht, wir treiben das Vaterland durch übertriebene Reformen einem Abgrund entgegen, von links, wir führen nur schwächliche Reformen durch. Wirklich liegt die Wahrheit auch hier in der Mitte. Die praktischen Tragweihen der Reformen werden sich erst in Monaten, vielleicht Jahren zeigen. Amerika hat nach dem Volk in so kurzer Zeit solche Reformen ohne jede Erschütterung in so bejourneter und ruhiger, fast geschäftsmäßiger Weise durchgeführt. Das konnte deswegen geschehen, weil es sich um alte Forderungen zielbewusster Männer handelt, die viel zu lange nicht erfüllt wurden und für die Wäntelungs sehr der richtige Augenblick war. Der internationalen Arbeiter macht uns zum Vorwurf, daß wir eine Mehrheitsregierung, eine Koalitionsregierung hergestellt haben. Voraussetzung für eine Koalitionsregierung ist, daß sie erfüllt ist von einem einheitlichen, klaren, alles überragenden Ziele, dem alle anderen Meinungen und Behauptungen sich als verzweifeltmäßig unbedeutend unterscheiden haben. Hätten wir nun einen konstitutionellen Parlamentarismus aufgenommen in die Regierung, so wären wir wohl richtig in dem Entschluß, das Vaterland mit äußerster Kraft zu verteidigen. (Zuruf rechts: Das ist die Hauptsache!) Nicht einzig wären wir über den Inhalt des Friedens, über den Weg zu ihm, über die Geschäftsmäßigkeit, mit der man ihn erreicht und nicht einzig über die Reformen. (Sehr gut! h. d. Mehrheit.) Eine solche Regierung könnte kein Vertrauen erwerben, und gerade Vertrauen brauchen wir. Gerade deswegen können wir in der Regierung niemanden brauchen, der für einen Anhänger eines Sozialfriedens gilt. Man denke nur, Graf Schönerer hätte keine geringeren Ansprüchen über den U-Boot-Krieg als parlamentarischer Staatssekretär gemacht. Ein Friedenspakt, wie es das Willkür des Reiches in unserer Demokratie und dieses Hindernis müßten wir überwinden. Wir brauchen eine verantwortliche, einheitliche und gerade Politik. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.) Der Schmerz der Revolutionäre ist tief, daß sie nach dem 40 Jahre lang die Mitglieder der Regierung aus konservativen Reihen genommen haben, jetzt ist es so, daß die Regierung nicht aus den 40 Jahre lang ist zurück gelassen haben. (Zuruf rechts: Kriegserklärung!) Würde man übrigens noch Willkürherrschaften die Regierung überstellen, so hätten die Konservativen schon auf mindestens ein halbes Jahrhundert Verzicht. (Große Heiterkeit.) Die Partei der Konservativen hat es unheimlich gemacht, sie in die Regierung aufzunehmen. Sie haben sich zu lange und heftig damit beizugehört, was notwendig war und gehört ist, damit, was in der nächsten Zukunft geschehen wird, in die Regierung. Das gibt keine durchgängige, einheitliche Politik, wenn sie in dieser Opposition zum Reich. (Sehr gut!

links.) Wir haben es nicht anders erwartet, daß sie eine tapfere Haltung in der Opposition bewahren werden, daß sie, soviel möglich mit allen anderen Parteien gegen die Demütigung des Vaterlandes ihr Bestes drangehen werden. Es wird auch unsere Brüdern draußen an der Front mit Genugtuung erfüllen, wenn sie wissen, daß sie in ihrem unendlich schweren Kampfe das gesamte deutsche Volk ohne Unterschied der Partei hinter sich haben. Etwas zu weit in dem Rechte der Opposition auf Kritik ist der konservative Redner gestern bei seinem Eingehen auf die Note an Präsident Wilson gegangen. Seine Mißbilligung der Note war nicht zu erwarten, sie hätte auch nur verwirrend gewirkt. Aber wir halten es überhaupt — das gilt auch für den Redner der oppositiven Linken — für gefährlich, wenn die Parteien oder gar die Regierung sich jetzt in Auseinandersetzungen über den Inhalt und die Bedeutung dieser Note einlassen würden. Jeder steht dann jenseitig herein oder heraus, daß schließlich niemand mehr weiß, was dringlich ist. Wir halten es für eine vaterländische Pflicht, unter den jetzigen Umständen auf die Genugtuung zu verzichten, den Beweis liefern zu können, daß man klüger und weiser war als die ändern. (Sehr gut!)

Noch ein Wort zu dem Antrag, daß dem Reichskanzler das Vertrauen des Reichstages bekräftigt werden soll. Es scheint, daß man auch formell das parlamentarische System das erste Mal praktisch ins Leben gerufen werden soll. Wir in der Regierung haben diese Vertrauensumgebung nicht verlangt, sie ist uns eher selbstverständlich willkommen. Wir brauchen das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages. Vielleicht leistet es nach innen und nach außen gute Dienste, wenn jetzt schon bekräftigt wird, daß dieses Vertrauen vorhanden ist. Wir schauen mit gutem Gewissen dieser ersten Entscheidung des Reichstages entgegen. (Bravo! h. d. Mehrheit.)

Abg. Stachel (Pole): Abg. Graf Westarp sagte gestern, sein Ankündigen deutschen Lebens im Osten würde abgetreten werden. Wir Polen verlangen keinen deutschen Boden. Aber der Grundgedanke muß fallen: Wo der Deutsche Fuß gesetzt hat, da ist bereits deutscher Boden. Bezeichnend ist die Heberwindung zwischen dem Grafen Westarp und dem Abg. Haase in dieser Frage. Abg. Neumann verlangt, daß Zweideutigkeiten aufgehoben. Der Ansicht sind auch wir. Deshalb geben wir unsere bisherige Zurückhaltung auf. (Heiterkeit rechts.) Wir haben keinerlei Abneigung, die nationalen Gefühle Deutschlands zu verletzen. Wir haben Verständnis für diese Gefühle, denn wir haben Jahrhunderte unter denselben Empfindungen leiden müssen. Die Morgenröte einer neuen Zeit bricht an. Wir erleben eine Umwertung der Werte. Die ungeheuren Menschenopfer sind nicht vergebens gebracht. Heute heißt es: Jedem sein Recht! Zum Glück! Niemand wird gedemütigt werden, denn der Verzicht auf unrecht Gut, der Sieg über sich selbst, ist keine Erniedrigung, sondern eine läuternde Tat. Ein Wohlwärtiger der Menschheit, Präsident Wilson. (Bravo! h. d. Polen) läßt seine Stimme erklingen und verleiht für das Zusammengehen der Völker Grundzüge, die Gott selbst gegeben hat, die aber die Völker bisher mißachtet haben. Die Moral zwischen den Völkern soll keine andere sein als die Moral des Privatlebens. Aufhören soll das Faustrecht, aufhören die Vergewaltigung militärisch schwächerer Nationen. Die Milliarden für Rüstungen sollen für Kulturzwecke verwendet werden, das Schwert gehört ins Karitätenkabinett. Auch den unerschöpflichen Reichtum der Polen soll auf der internationalen Friedenskonferenz Geltung verschafft werden. Da regen sich Optimatenverein und Altsowjeten, um sich der ehrsüchtigen Ausführung der von Deutschland angenommenen Grundzüge entgegenzusetzen. Das kann die Friedensverhandlungen nicht fördern. Jetzt beruht man sich auf die Statistik, die „öffentliche Dirne“. Der jetzige Zustand in den Ostmärkten darf nicht mahngebend sein, sondern das, was war. Man müßte die Loten mitzählen lassen. (Lachen rechts.) Polen hat sich trotz seiner Aufstellung unter drei Reichs teils als ein einheitlicher Organismus gefühlt. Die Politik der preussischen Staatsräuber rückt sich jetzt an ihrem Hebel. (Sehr wahr! h. d. Polen.)

Abg. Graf Tolstoj (D. Fr.): Das Wesen der konstitutionellen Monarchie besteht in der Trennung der gesetzgebenden von der vollziehenden Gewalt. Diese Grenzen sind im Reich schon seit längerer Zeit immer mehr verwischt worden. Dadurch entstand ein Kratonparlamentarismus am Schoben des Vaterlandes, denn nichts ist gefährlicher, als daß jemand formell die Verantwortung trägt, der sie tatsächlich nicht tragen kann. Diesem Kratonparlamentarismus gegenüber bedeutet die jetzt vollzogene Parlamentarisierung eine Lösung. (Sehr richtig! rechts.) Schwere Bedenken liegen gegen eine parlamentarische Regierung namentlich in einem Bundesstaat vor. Als Minderheitspartei werden wir alle Maßnahmen der Regierung zur Verteidigung und Wiederaufrichtung des Vaterlandes unterstützen. (Sehr richtig! rechts.) Eine andere Gruppierung der Parteien wird uns auch wieder stärkere Mitarbeit an der Regierung ermöglichen. Im übrigen werden parlamentarische Regierungen im allgemeinen nicht von den Minderheitsparteien gestützt, sondern von den eigenen Anhängern; denn die Parlamentarier in der Regierung überzeugten sich sehr bald, daß man gegenüber den gewordenen Zuständen und den sich freuzenden Interessen der Bevölkerung in zahlreichen Fällen von seinem Programm abweichen muß, und erwidern dadurch das Mißtrauen ihrer eigenen Anhänger. Es können wir namentlich in romanischen Ländern einen ständigen Wechsel der Regierungen, vor dem Deutschland hoffentlich bewahrt bleibt. Manche meinen, nach dem Kriege werde der frühere konstitutionelle Zustand wiederkehren. Das könnte nur geschehen, wenn ein wirtschaftlicher Niedergang unser Volk politisch ganz gleichgültig machte, was ich nicht hoffen will. Der Abg. Chert müßte gehen, es sollte so schnell wie möglich mit dem Junkertum ausgeräumt werden. Was versteht er denn eigentlich unter Junkertum? (Sehr gut! rechts.) Der Reichskanzler sagte gestern, wir müßten auch das Recht und das Glück fremder Völker in unserer nationalen Willen aufnehmen. Beim Recht stimme ich ihm zu, beim Glück nicht. Wie sollen wir das beim französischen Volk tun, das uns seit 200 Jahren mit geradezu jähwütigem Haß verfolgt, wie bei England, das sein gewaltiges Weltreich mit Raub und Gewalt zustande gebracht hat. Dieser Weltbürgergeist hat zu Anfang des vorigen Jahrhunderts die Schwäche und Hoffnungslosigkeit gezeigt, die zum Niederbruch von Jena geführt hat. (Zusammen rechts.) Das autofranzösische Regiment der Junker! Das Stellvertretungsrecht für den Reichskanzler wird zu politischem Zerrüttern und Gegenjahren Veranlassung geben. Es muß schließlich zu einem kollegialen Reichsministerium führen. Das widerspricht dem föderalistischen Gedanken des Reichs. Bedauerlich ist, daß das preussische Abgeordneten- und Herrenhaus das allgemeine Wahlrecht nicht ohne weiteres angenommen haben, denn das allgemeine Wahlrecht war nicht zu vermeiden. Aber auf dem föderalistischen Boden des Reiches steht nicht, wer den Bundesstaat Preußen zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts zwingen will. (Sehr richtig! rechts.) Beim Erlaß des preussischen Solagerungsgesetzes hat man keineswegs an eine solche Ausdehnung der militärischen Befugnisse gedacht, wie sie bei seiner Handhabung erfolgte. Die ganze Handhabung macht es notwendig, daß später im Frieden ein Reichsgesetz über diese Materie erlassen wird. Das deutsche Volk hat doch jetzt Grundung des Reiches große Fortschritte gemacht. Wir wollen abwarten, ob es der neuen Regierung gelingt, ebenso für die Wohlwärtigkeit des deutschen Volkes zu wirken. — Das Gesetz über Krieg und Frieden ist für die eigentliche Überwindung, die an die Ermittlung des Kaiserreiches glauben. Mögen sich ihre Hoffnungen erfüllen! Aber auf dem Wiener Kongress sagt man auch, das solle der letzte Krieg gewesen sein, und wollte das durch Herstellung des europäischen Gleichgewichts herbeiführen. — Vor allem will das deutsche Volk klarsehen in der Frage, welches die Grenzen sind, aber die nicht hinausgegangen werden soll, gegenüber den Forderungen der Feinde. Der Reichskanzler wäre der Schwere Fehler für unsere Arbeiter. Zwei Drittel der Eisenwerke, die wir verarbeiten, kommen aus Estland. — Wenn alle unsere Eisenwerke zu einem ehrenvollen Frieden zu kommen, keinen Erfolg haben, müssen wir uns nach anderen, weiterzukämpfen für unsere Ehre und unsere Zukunft! (Bravo! rechts.)

Abg. Kallin (Est): Der Reichskanzler hat auf die Veränderungen in Elsaß-Lothringen hingewiesen. Wir halten es für unsere Gewissenspflicht, dem deutschen Volke die volle Wahrheit zu sagen, um keine irrtümlichen Hoffnungen aufkommen zu lassen. All das, was in Berlin und von der neuen Regierung in Straßburg nach dieser Richtung jetzt unternommen wird, wird im Stadium, in das nunmehr die Elsaß-Lothringische Frage eingetreten ist. Seine wesentliche Einwirkung auf die Stimmung in Elsaß-Lothringen mehr ausüben können. (Hört, hört!) Durch die Annahme der 17 Punkte des Wilsonschen Friedensprogramms durch die deutsche Regierung, insbesondere des Punktes 8 ist die Elsaß-Lothringische Frage zu einer internationalen geworden, deren Lösung, wenn nicht dem Präsidenten Wilson, so doch dem Friedenskongress übertragen ist. Der größte Teil des Elsaß-Lothringischen Volkes beanspricht das Recht, selbst über sein politisches Schicksal zu entscheiden. Da müssen wir jetzt alles unterlassen, was der freien Willensäußerung des Volkes vorgreifen könnte. Die vorgenommenen Verhandlungen schließen aber eine solche Präjudizierung der freien Willensäußerung der Elsaß-Lothringern ein, daß sie jedenfalls geeignet sind, die öffentliche Meinung zu verzerren. Daß uns von unseren Wählern übertragene Mandat für einen selbständigen Bundesstaat Elsaß-Lothringen einzutreten, ist durch die Entwicklung dieser Frage überholt. Wenn der jetzige Schritt früher erfolgt wäre, so wäre er nicht nur imstande gewesen, bei uns viel Unheil zu verhüten, sondern auch geeignet gewesen, das gräßliche Unglück, welches durch den Krieg über die Welt hereingebracht ist, mit zu verhindern. (Hört, hört! Bewegung.)

Abg. Hansen (Däne): Zum Programm Wilsons gehört vor allem die Durchführung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Der Ernst der Stunde fordert von uns eine klare und offene Sprache. Als Vertreter der dänischen Bevölkerung im Nord-Schleswig fordere ich im Namen des Rechts und der Gerechtigkeit die Durchführung des 3. 5 des Friedensvertrages von Prag vom 26. Dezember 1866, und damit hat dem bevorstehenden Friedensschluß die endgültige Lösung der norddänischen Frage auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung. Eine neue Zeit bricht heran. An Stelle der Macht der Waffen soll die Macht des Rechts treten. Die neue Regierung hat sich mit dem Wilson-Programm und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker einverstanden erklärt. Möge sie bei dem Friedensschluß eine Politik des Rechts und der Gerechtigkeit und der Veröhnung auch gegenüber Dänemark und Skandinavien verfolgen.

Präsident Fehrenbach schlägt Vertagung vor.

Abg. Graf Westarp (A.): Ich bitte zu vertagen, bis die Regierung zu den heute gehörten Erklärungen der Polen, Dänen und Estländer Stellung genommen hat.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Hierzu ist eine längere Vertagung doch nicht nötig.

Bizanzler von Bayer: Die Regierung wird morgen bei Beginn der Sitzung ihre Erklärung über diese Randgebungen abgeben.

Abg. Graf Westarp (A.): Auch das preussische Staatsministerium muß das tun. (Große Heiterkeit links.)

Abg. Ledebour (U. Soz.): In diesem Moment halten wir es nicht für notwendig, das preussische Staatsministerium vor das Forum des Reichstages zu ziehen. Wenn wir es einmal für notwendig halten werden, so werden wir uns auf den Grafen Westarp berufen.

Präsident Fehrenbach: Diesen Anregungen denke ich keine Folge zu geben.

Abg. Chert (Soz.): Ich bitte folgenden Antrag, der noch nicht verteilt ist, zugleich mit einem Antrag Graf Westarp, der dieselbe Materie behandelt, noch heute dem Ausschuss zu überweisen: Die Lösung der Mannschaften wird vom 1. Oktober an verdoppelt, die der Unteroffiziere und Beamten um 50 Prozent erhöht, eine Aufbesserung der Offiziersgehälter im Felddienst wird in Erwägung gezogen.

Da niemand widerspricht, wird dieser Antrag mit dem entsprechenden Antrag Westarp einem Ausschuss überwiesen.

Abg. Graf Westarp (persönlich): Bizanzler von Bayer hat es so dargestellt, als ob wir über die verlorene Macht trauern und parteiinduzierende Angriffe im Anschluß daran gegen uns gerichtet. Er hat mich mißverstanden. Wir haben uns nicht über den Gang der Dinge beklagt, sondern lediglich den Sachverhalt festgestellt. (Leb. Zuf. rechts.)

Bizanzler von Bayer: Ich verwahre mich gegen den Vorwurf parteiinduzierender Angriffe. Ich habe als Mitglied der Regierung Angriffe gegen uns zurückgewiesen, das ist mein Recht und meine Pflicht. (Leb. Beifall.)

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. Schluß 7 Uhr.

Die Aufnahme der deutschen Note bei den Gegnern.

Der Eindruck in Washington.
Neuer meldet vom Dienstag aus Washington: Der offizielle Text der deutschen Note ist heute morgen auf der japanischen Gesandtschaft empfangen worden. Eine offizielle Mitteilung über die Antwort an Deutschland ist augenblicklich noch nicht erfolgt. Die nichtoffiziellen Erklärungen sind jedoch, was die Hauptpunkte anbelangt, einzig darüber, daß ein sofortiger Friedensschluß nicht zu erwarten ist und daß kein Waffenstillstand zustande kommen werde, es sei denn unter Bedingungen, die den deutschen Militarismus für immer vernichten. Die allgemeine Ansicht der Kongreßmitglieder, einschließlich der Republikaner, geht dahin, die Unterhandlungen mit Deutschland zu bewilligen. Das Komitee für auswärtige Angelegenheiten im Senat wünscht, daß die Note dem Urteil der Exekutive unterworfen werden solle, bevor Wilson sie beantwortet. — Der Korrespondent der „Times“ in Washington meldet: Wilson werde sich nicht der Zwingern begnügen, als mit Deutschlands Bedingung Hoher Unterwerfung, kein Waffenstillstand sei möglich, solange Deutschland nicht ohne Umschweife hohe Forderungen bewilligt. Wenn dies nicht geschehe, dann werden die Alliierten bis zur Stunde des Sieges, der ihnen die vollkommenen Früchte bringt, zu warten.

Die französische Presse zur deutschen Note.

Der größte Teil der französischen Blätter betrachtet die deutsche Antwort als unbesitzend und man zieht die Folgerung, daß ein Waffenstillstand nur angenommen werden könne, wenn er absolut dieselben Bedingungen wie ein Sieg biete. — In der „Victoire“ schreibt Hervé: Es ist nicht eine Kapitulation sans phrase, aber doch ist es eine Kapitulation. Deutschland beugt sich vor allen Forderungen der Alliierten. Die „Humanité“ bleibt auf ihrem pazifistischen Standpunkt. Das Blatt schreibt: Der gekündete Menschenverstand strebt zu fordern, nicht mehr weiter von einem „faulen Frieden“ und von angeblichen „Männern“ zu sprechen. Man kann schließlich, daß ein neuer Schritt nach einem gerechten Frieden getan worden ist. „Matin“ führt u. a. aus: Noch einige Stöße und der Ruhigkeit der Alliierten wird der entscheidende Sieg, den wir benötigen, um Frankreichs Volk wieder aufzuheben zu lassen, um für allemal unser sein. Wir können uns nur mit einem Mass-zustand begnügen, der uns zu genau dem gleichen Bürgerschafter wie ein Sieg verhilft. „Homme libre“ sagt: Möglicherweise wird das Gespräch fortgesetzt, das wissen wir nicht, wohl aber müssen wir, daß weitergeleitet wird. Weiterhin können wir aber auch befähigen, daß wir den Kampf einstellen werden, wenn der Friede sich ohne weiteres ergibt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Im preussischen Abgeordnetenhaus

Am Mittwoch ergehen den Vereinbarungen des Aelteren Ausschusses zu laengeren sachlichen Auseinandersetzungen über die Wohnungsfrage. Es bestand ursprünglich die Absicht, auf eine Besprechung der Zentrumsinterpellation zu verzichten und sämtliche Anträge ohne Erörterung der Wohnungsfragekommission zu überweisen. Mit diesem Plan waren die unabhängigen Sozialdemokraten nicht einverstanden, deren Vorsitzender Adolf Hoffmann sich auf den Standpunkt stellte, in dieser Zeit müsse das Abgeordnetenhaus dauernd versammelt sein und zu allen Fragen Stellung nehmen. Dieser Standpunkt ist angelehnt an den Umstand, daß es sich nicht um eine wirkliche Volksvertretung, sondern um ein Dreiklassenparlament handelt, nicht recht verständlich.

In der Debatte, die infolge des Einspruchs der unabhängigen Sozialdemokraten stattfand, wurde übereinstimmend der Ansicht Ausdruck verliehen, daß es höchste Zeit sei, Maßnahmen zur Beseitigung der Wohnungsnot zu treffen. Die Anträge gingen schließlich an die Kommission. Es ist zu wünschen, daß die Kommission möglichst schnelle und gründliche Arbeit macht, damit endlich auch in der preussischen Gesetzgebung Maßnahmen zur Beseitigung des Wohnungsproblems ergriffen werden.

Die Debatte wandte sich sodann den Anträgen auf Gewährung von Kriegsbeihilfen an Beamte und Lehrer zu. Die zahlreichen Anträge, die sich auf diese Materie beziehen, gingen an die verstärkte Staatshaushaltskommission.

Wentwegt gegen die Arbeiterinteressen.

Aus Berlin wird telegraphisch gemeldet: Die Unabhängigen Sozialdemokraten in Berlin I. haben für die Stichwahl die Parole Stimmenthaltung ausgeben.

Sie wollen also dem Gegner der Sozialdemokratie zum Siege verhelfen.

Liebkecht-Demonstration am Reichstag.

Dienstagabend, so um die sechste Stunde, erschollen plötzlich Hochrufe am Reichstage. Eine Menschenmenge, die vielleicht 800 bis 1000 Köpfe stark war, schob ein Fuhrwerk auf dem Fahrbaum vom Potsdamer Platz her nach dem Reichstage — immerfort „hoch Liebkecht! Nieder mit Scheidemann! Nieder mit dem Reichstage!“ und ähnliches rufend. Voran fuhr ein Lastwagen und darauf stehend — blumenbekrönt — der enthaftete Liebkecht und einige Getreue. Ein zweiter Lastwagen mit anderen Männern darauf folgte. Am Reichstage drängte eine Schutzmannsstelle den Festzug ohne Gewalt in die Dorotheenstrasse.

Konservatives Umlernen.

Die konservative Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht:

a) Darauf hinzuwirken, daß die Löhnung für Mannschaften und Unteroffiziere vom 1. Oktober 1918 ab mindestens verdoppelt und eine angemessene Verbesserung der Gehälter für Offiziere möglichst bald durchgeführt wird.

b) Die gleiche Beförderung von Offizieren und Mannschaften durchzuführen.

Wenn jetzt die Konservativen solche Anträge stellen, die sie stets bekämpft haben, so lange sie selbst noch in der Lage waren, sie durchzusetzen, so merkt man, ohne verstimmt zu werden, die Absicht der edlen Volksfreunde.

Die tropierte Friedensvermittlung.

Das „Berliner Tageblatt“ beschäftigt Eduard Bernstein auf Grund von Mitteilungen, die ihm Amerikaner seinerzeit gemacht haben, daß Wilson und Gerard um die Jahreswende 1916/17 an der Friedensvermittlung arbeiteten und daß die Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges diese Aktion zum Scheitern brachte.

Es regnet Kundgebungen!

Die konservativen und alldeutschen Blätter veröffentlichen jetzt spaltenweise „Aufrufe“ und „Kundgebungen“ von Korporationen, die sich meist aus Heimkriegern und Kriegs-Veteranen zusammensetzen. In der „Kundgebungs-Spalte“ der „Kreuzzeitung“ figurieren neben dem Bunde der Landwirte, also der Vertretung eines Erwerbsstandes, der dem Kriege ungeheure Gewinne verdankt, die — Superintendanten von Rathenow und Haveland. Der Bund der Landwirte will „alle Kräfte zusammenfassen“ und „von der Heimat zur Front eine starke Welle der Opferwilligkeit strömen lassen“. Es ist bedauerlich, daß sich der Bund der Landwirte erst heute darauf besinnt, daß ein Volk, das in Zeiten wie den jetzigen bestehen will, Opfer bringen muß. Bisher ist man bei dem Bunde auf keinerlei Anzeichen dieser Einsicht gestoßen. Bisher haben von dieser Seite der Öffentlichkeit nur Manifestationen einer Gefinnung vorgelegen, die auf die Ausdauer und den Geist der Leute an der Front geradezu windig wirken mußten!

Die Superintendanten handeln nach dem alten Spruch, daß die Selbsterkenntnis der erste Schritt zur Wandlung sei. Sie geben zu, daß sie sich bisher den Gefahren gegenüber — tot gestellt haben (die Feinde reden über die Art des Friedens, „als wären wir alle übermütig fröhlich oder toll“). Jetzt wird das aber anders. Die Superintendanten werden — sich der Verantwortung zur Verfügung stellen? Nein! Soweit gehen sie nicht. Sie werden einen Bund schließen.

Und so weiter. So und ähnlich sind auch die anderen Auforderungen der Heimkrieger beschaffen. Und das wagt sich noch heute ans Licht der Öffentlichkeit! Wir wollen nicht sagen der gute Geschmack, aber der Sinn für das jeweils Schicksal sollte diese Menschen von ihrem Treiben abhalten.

Die sächsischen Konservativen für gleiche Wahlrecht.

Aus Dresden wird gemeldet: Die konservative Fraktion der zweiten Ständekammer sah einstimmig einen Beschluß, der sich für die Einschränkung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in Sachsen ausspricht. Der konservative Landesverein billigte in seiner gestrigen Sitzung diesen Beschluß und drückte den Wunsch aus, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht ohne jede Sicherung, also ohne jede Zusatzstimmern und ohne Verhältniswahl, herbeizuführen sei.

Die Neugestaltung in Sachsen.

Ein am Mittwoch unter dem Vorsitz des Königs Friedrich August abgehaltener Ministerrat hat den Beschluß gefaßt, eine umfassende Neugestaltung der Regierung einzutreten zu lassen; zunächst werden der Finanzminister Seydewitz und der Kultusminister von Beck abgedankt. Sie haben bereits ihr Entlassungsgesuch eingereicht. Ferner ist die Einsetzung eines neuen Arbeitsministeriums unter sozialdemokratischer Leitung beschlossen worden. Selbstverständlich stellen diese Maßnahmen nur den Anfang zu einer allgemeinen Revision der politischen Grundlagen des sächsischen Staates dar. Es werden Reformen auf dem Gebiete des Wahlrechts und auf anderen Gebieten folgen.

Der amtliche Kriegsbericht

war bei Schluß des Blattes noch nicht eingetroffen.

Gleiches Wahlrecht und Verhältniswahl in Baden.

Der „Tag“ meldet aus Karlsruhe: Bei einer Besprechung zwischen dem badischen Staatsminister und dem Präsidenten der beiden badischen Kammern, sowie dem Fraktionsvorsitzenden sagte der Minister die Abschaffung des Dreiklassenwahlsystems für die Städte und die Einführung der Verhältniswahl zu. Weiter wurde beantragt, künftig den Bundesratsbeschlüssen ihre Instruktionen nicht von der Regierung zu geben, sondern von der Volksvertretung, sowie die Erste Kammer volkstümlicher auszugestalten. Die gewünschte sofortige Einberufung des Landtages lehnte die Regierung wegen augenblicklicher Arbeitsüberlastung ab.

Los von Berlin.

Im bayerischen Landtag teilte der Ministerpräsident von Dandl mit, daß die bayerische Regierung bei der Reichsregierung den Antrag gestellt hat, ein Reichsarbeitsloienamt zu schaffen. Bei fortdauernder Bedürftigkeit soll die Unterstützung bis drei Monate nach der Entlassung des Kriegsteilnehmers geleistet werden.

In der Besprechung der Interpellation forderte der Zentrumsabgeordnete Oeser unter wiederholter Zustimmung des Hauses ein „Los von Berlin“ in allen Wirtschaftsfragen. Es müsse vollständige Selbständigkeit auf wirtschaftlichem Gebiete herrschen. Bayern brauche Berlin nicht. Es könnte keine großen wirtschaftlichen Unternehmungen auch mit neutralem Kapital ausführen.

Bayerischer Partikularismus.

Die „Münchener Post“ spricht in ihre Sonntagsausgabe offen über gefährliche Erscheinungen im Süden des Reiches, von denen bisher nur leise geredet wurde. In den verschiedensten Bevölkerungskreisen Bayerns — so stellt sie fest — hört man alltäglich die 1870 geschaffene Gemeinschaft mit Preußen verfluchen. Offen wird davon gesprochen, daß man Preußen im Stiche lassen und durch Anschlag an die deutsch-österreichischen Lande mit Zustimmung der Entente ein neues Staatsgebilde schaffen soll. Feindselige Flugblätter, feindselige Kriegsgefangene und innerbarbarische reaktionäre Elemente vereinigen sich zu diesem Werk der Selbstverhöhnung deutscher Volkstracht. Politisch-dynastische Träume, die längst zu Grabe getragen hätten, erhoffen jetzt wieder Wirklichkeit, da das Unglück der Nation dem Volke die Klarheit des Blickes trübt.

Die „Münchener Post“, welche im Kampfe gegen die preussischen Junker ganz vorn bei den Stoßtrupps war, erhebt gegen diesen Rückfall in die Kleinlakterei, der seine Spitze gerade gegen das demokratisierte Reich richtet, schärfsten Einspruch. „Hoffen wir selbst die Zerstückelung unserer Einheit herbeizuführen“, sagte sie, „und zerstücken wir damit selbst unsern Körper, so haben Frankreich und England ihr Kriegsziel erreicht; mit Ruhe und Frieden ist es vorbei; deutsches Blut wird wieder gegen deutsches Blut fließen, fremdes Recht wird bei uns herrschen, und Ausbeutung bis zum Wechsellubben wird die Folge sein. Nur dann, wenn ein geeinigtes Deutschland in den Völkerbund tritt, wird der Volkstribun verhängt und besteht erst dann die Möglichkeit, uns in langjähriger Friedensarbeit aus dem Unglück, in dem wir uns jetzt befinden, wieder kraftvoll empor zu arbeiten.“

Die Wellen dieser partikularistischen Bewegung schlagen bereits aus Ufer der bayerischen Gesetzgebung. Ein Antrag des Zentrums in der bayerischen Kammer fordert für die Einzelstaaten das Recht zur Errichtung von Konsulaten, während umgekehrt die Liberalen eine Befreiung der unerklärlichen Reichssteuer Bayerns vorschlagen.

Von allem Unglück, das Deutschland treffen könnte, wäre das Wiederauftreten des einzelstaatlichen Partikularismus das Schreckliche. Die Herrschungsarbeit gerade auf wirtschaftlichem Gebiet im Konsulatswesen beginnen zu wollen, dazu gehört ein Maß von Einfühlungslosigkeit, das man längst Jahre nach der Reichsgründung wirklich keinem Menschen mehr hätte zutrauen sollen. Die bayerische Regierung sollte nicht zögern, klare Stellung gegen solche Pläne zu nehmen, und auch der Münchener Hof sollte keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß er allen reichsfeindlichen Bestrebungen fernsteht.

Erfüllte Wünsche.

Ein kleiner Beitrag zur Schuldfrage.

Zu den Alldeutschen, die am hartnäckigsten den Zusammenbruch ihrer Politik leugnen, gehört der eiferrichtige Leibarzt der „Deutschen Tageszeitung“, Graf Reventlow. Es möge nur an folgendes erinnert werden. Als der Heresbericht zum erstenmal den Zusammenstoß deutscher Truppen mit einer englischen Kavalleriebrigade meldete, da schrieb Graf Reventlow am 25. August 1914 in der „Deutschen Tageszeitung“ wörtlich folgendes:

„Seit Wochen ist der Wunsch unseres Volkes, und wir glauben auch einseitlich der mittelländischen Fachleute: Wenn nur die Engländer landen und sich unsere Truppen stellen wollten! Eine Brigade hat es gestern getan. Aber das ist viel zu wenig. Können noch viele englische Brigaden kommen.“

Wenn jetzt im Westen Tausende, und aber Tausende deutscher Soldaten im Kampf mit den englischen Millionenheeren verbluten so geschieht das in wörtlicher Erfüllung der Wünsche des Grafen Reventlow, der natürlich wie alle Alldeutschen jede Verantwortung für die jetzige Kriegslage zurückweist.

Derselbe Herr hat auch immer fest und standhaft das Nichtkommen der Amerikaner prophezeit und mit diesem Argument zum unbeschränkten U-Boot-Krieg getrieben. An demselben Tage, an dem dieser eröffnet wurde, am 1. Februar 1917, hielt Graf Reventlow in der Berliner Philharmonie noch einen seiner Hauptvorträge. In diesem sagte er nach stenographischen Aufzeichnungen wörtlich folgendes:

„Über Amerika darf ich nicht reden. Aber was auch kommen mag, keine Macht auf der Erde kann uns abhalten, den rücksichtslosen U-Boot-Krieg, der nun erklärt ist, fortzuführen. Es gibt kein Zurück mehr. Jeder Verständigungsgebäude über Amerika mit England ist nun hoffentlich mit der Wurzel ausgerottet. Ich meine, wenn es ernst wird, blüht Amerika drängen.“

Dieser Herr, der gar nicht genug Engländer herbeiwünschen konnte, der das für jeden Einsichtigen sichere Eingreifen der Vereinigten Staaten ableugnete, wagt es jetzt, die Anhänger des Verständigungsgebäudes für die Lage verantwortlich zu machen. Derselbe Herr hat im ersten Kriegsmonat auch noch folgendes geschriebe:

In früheren Jahren und Monaten ist häufig in Deutschland der Gedanke ausgesprochen und vertreten worden: Es würde ein unermessliches, am Anfang gar nicht ausgedenktes Unglück für die Kulturwelt sein, wenn das Deutsche Reich und Großbritannien in einen Krieg miteinander gerieten. Wir haben diese Ansicht nie geteilt und können auch heute nicht verstehen, weshalb denn das ein so ungeheures Unglück sein sollte.

Graf Reventlow hat also den Zusammenstoß Deutschlands mit England für ein Glück gehalten! — Wo liegen die Schuldigen?

Genossenschaftsbewegung.

Genossenschaftsbewegung des Auslandes. Ein eigenartiger und beachtenswerter Gedanke gelangt gegenwärtig durch die Schweiz in Deutschland, hat auch in der Schweiz die wachsende Lebensmittelnappheit zur Förderung möglichst ausgedehnter Selbstversorgung des Haushaltes, vor allem durch Selbstanbau von Kartoffeln und Gemüse, durch die städtische Bevölkerung veranlaßt. Die Aufforderung, daß jeder selbst Spaten und Hacke führen solle, ist in großem Umfange befolgt worden. Gleichwohl genügt der Erfolg noch nicht. Der „Schweizer Konsumverein“ meint: „Um die größtmöglichen Produktionserfolge zu erzielen, mußten zum Teil etwas andere Wege eingeschlagen werden, als bisher gesehen ist. So wohlkätig und wichtig auch für unsere Ernährung die Pflanzlandbewegung ist, so glauben wir doch, daß daneben nur eine kollektive Bearbeitung des Bodens in großen Flächen mit allen technischen Hilfsmitteln den Höchstsertrag dem Boden wird bringen können. Es liegen über die kollektive Bewirtschaftung auch bereits einige Erfahrungen vor, die für die Zukunft gute Erfolge versprechen. Der Verband schweizerischer Konsumvereine hat auf dem Gebiete der Stadt Basel einen Landkomplex gepachtet und, in Parzellen verteilt, auf Angestellte abgegeben. Da aber diese Parzellen sehr beschränkt sind und nur einen kleinen Teil des Bedarfs an Gemüse und Kartoffeln zu liefern vermögen, wurde später durch das Personal des Verbandes eine einfache Gesellschaft zur Kartoffelproduktion gegründet. Ein Landkomplex im Ketzers (Kanton Freiburg) wurde im Pacht genommen, und es wurden unter der Aufsicht der Abteilung für Landwirtschaft darauf der Anbau, die Pflege und die Ernte der Kartoffeln durchgeführt. Auf jeden Gesellschafter entfällt der Ertrag von 2 Ar. Der Erfolg hat eine Erweiterung des Projekts nahegelegt, die nunmehr in dem Plane der Gründung einer allgemeinen schweizerischen Genossenschaft zutage tritt, deren Zweck nach dem Statutenentwurf in der Förderung des Anbaues von Gemüse aller Art und ihrer Abgabe an die Mitglieder unter möglichst günstigen Bedingungen besteht. Dieser Zweck soll zu erreichen gesucht werden durch selbständigen direkten Anbau und durch Abschluß von Anbauverträgen. Mitglieder der Genossenschaft soll jedermann werden können, der ihre Zwecke zu fördern bereit ist, insbesondere Einzelpersonen, dann aber auch Gesellschaften und Anstalten. Die Mitglieder verpflichten sich vor allem auch, bei den notwendigen Kulturarbeiten, soweit erforderlich und zweckmäßig, mitzuarbeiten.“ Es wird dabei nach Ansicht des Blattes nicht nur eine Produktionssteigerung unter Vermeidung jeglicher Kräfteverschwendung stattfindend, sondern auch der vorteilhaften Zwischenhandel völlig ausgeschaltet, vor allem werden aber die „Landlosen“ des Vorteils der Selbstversorgung teilhaftig, und ein besseres Verständnis zwischen Stadt und Land greift Platz.

Nach Südbad und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 24. Oktober.

Der Tod geht um . . .

Unheimlich und schon schrecklich etwas über das Pfaster der Städte. Es duckt sich in allen dunklen Haustoren, es lugt in alle Fenster. Blasse, fröstelnde Menschen schauen sich mit fragenden Blicken an. Das Werk großer Betriebe gerät ins Stocken. Schulen werden geschlossen. Zwischenwagen helfen über das herbsteufende Pfaster. Ein großes Sterben hat eingesetzt; nicht nur draußen an den Fronten erntet der Tod, sondern auch innen im Lande.

Wer weiß es, woher das große Sterben kam? Bereiteten ihm die mager zugemeinerten Kriegsvollstößen den Weg? Hatten die kriegsermüdeten Nerven die Widerstandskraft der Allgemeinheit gelockert? Das konnte kaum der Fall sein. Denn die Knochenhand pochte überall an: bei alt und jung, bei arm und reich, in Städten und Dörfern. Niemand vermochte sich zu wehren. Stumpf nahmen alle das graue Gesicht entgegen, das das fünfte Kriegsjahr durchs Land trug.

Ganz still liegen nun die Straßen. Der seuchte Herbsttag hat das Pfaster genötigt. Die letzten gelben Blätter gleiten von den Bäumen. Nebel steigen und walden. Der Himmel hängt grau und vergrämt. Müde Schritte in leeren Holzgängen schleichen über das Pfaster. Pflaster mackerelnden Wellenlaubes dämpfen den klapprigen Menschengang. Dunkelschleier haben blauverleibende Vorhänge vor die Häuser gezogen. Dann und wann geflickt aus den Fenstern ein gelbes Licht. Müde geht der Tag zur Neige.

Kinder hinken vorüber. Frauen mit großen Tassen befüllten leichten Einkaufe. Die Kräfte eines arbeitsvollen Grüntraubens geht fast ununterbrochen. Und fast überall liegt ein Kranker im Hause. Seine Fieberdelirien lassen ihn nichts von dem juchten Größten des Herbsttages verspüren. Seine aufgeweckte Phantasie hat alle Kriegs- und Friedensnöte überwunden. Und überwunden hat auch jener alles Zeitliche, der, ein Stodwerk über ihm, der Krankheit erliegen ist.

Nebel und Nacht schieben sich durch die Gassen. Leihenwagen holern über das glittige Pfaster. Glende Schritte kommen und gehen. In der Ferne jault ein langgezogenes Hundehüllen auf. Ein paar müde Gaslaternen blinzeln. Ein Wind hat in leichten, kalten Stößen eingeschlagen. Der Tod geht um . . .

Die Grippe hat in Südbad sehr bedenklich um sich gegriffen und die Zahl der Opfer, die ihr erliegen, ist eine bedauerlich hohe. Allein bei der hiesigen Ortstronienkaffe sind in der vorigen Woche viele Hundert von Erkrankungsfällen gemeldet worden.

Die Bürgerchaft hat am kommenden Montag folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Mitteilungen des Senates. 2. Anträge des Senates: 1. Ueberlassung einer Kauffläche für die Lübecker Maschinenbaugesellschaft. (Wird handschriftlich vorgelegt.) 2. Gleiserweiterung am Gentner Ufer. 3. Berechtigung von Bauhand zum Bau von Kleinwohnungen. 4. Bewilligung weiterer Mittel für außerordentliche Ausgaben aus Anlaß des Krieges. 5. Verkauf eines Grundstücks in Lauenburg. 6. Ausschließung eines Fabrikplatzes zwischen dem Rüdiger Wäldenbach und Herrenweg. 7. Verkauf eines Grundstücks auf den Vorwerfer Wiesen an die Lübecker Maschinenbaugesellschaft. 8. Mittel zur Erhöhung der Familienunterstützungen. 9. Nachbewilligung für die Friedhofbehörde. 10. Gewährung einer Altersunterstützung an die Witwe des früheren Bataillonsführers Reichshahn. 11. Bewilligung der Konsumvereine. 12. Erlaß eines Bierenergesetzes.

Ein neues großes Mittelschulgebäude

will der lübecke Staat auf dem kaatlichen Gelände an der Ecke der Straße An der Falkenwiese und Falkenstraße auf seinem Gelände errichten, auf dem sich jetzt Kleingärten befinden. Es handelt sich um eine 66000 qm große Doppelmittelschule für Knaben und Mädchen. Die Baukosten werden auf 918 000 Mk. beziffert. Der Bürgerausschuß verwies gestern den betr. Senatstrag an eine fünfgedrige Kommission.

Der Bürgerausschuß genehmigte resp. befürwortet in seiner gestrigen Sitzung folgende Anträge des Senates: Außerordentliche Ausgaben des Polizeiamtes aus Anlaß des Krieges (94 976,07 Mk.). Bewilligung von Mitteln für das Polizeiamt für außerordentliche Ausgaben aus Anlaß des Krieges (450 000 Mk.). Nachbewilligung von 10 327,68 Mk. für die Behörde für das Feuerlöschwesen. Weitere 3 200 000 Mk. für Familienunterstützungen. Einbau eines Remisenanbaugesetzes im Museum (Kosten 1900 Mk.). Nachbewilligung von 880,91 Mk. für die Behörde für die Seefahrtsschule. Nachbewilligung von 1256,88 Mk. für die Senatskanzlei.

Nachbewilligung von 2177,96 Mk. auf die Kosten der Sanftmütigen...
 Nachträgliche Bewilligung und Anweisung der den
 Behörden im Rechnungsjahre 1917 aus Anlaß des Krieges ent-
 standenen außerordentlichen Ausgaben. Nachbewilligung für die
 Behörde für Travenmünde. Sachverständigen-Honorar in Eisen-
 bahnanlagen (400 Mk.). In eine Kommission verweisen
 wurden die Senatsanträge betr. Bewilligung von Mitteln für die
 Abteilung III des Stadt- und Landamtes: Umwandlung von
 Sekretariatsstellen in Sekretärstellen. Dem Senat entgegengebracht
 wird von der Bürgerchaft dem Bürgerausschuß zur näheren
 Erörterung überwiegen Antrag von Niemann und Dr. Wöhrer:
 die Bürgerchaft ersucht den Senat, schleunigst Maßnahmen zu er-
 greifen, die geeignet sind, die für die Kücherei gefährliche Verunreinig-
 ung des Travenwasser durch das Hochwasser zu beseitigen,
 und insbesondere zu prüfen, ob dies durch einen Abwasserungs-
 kanal, der direkt in die Döse führt oder durch umfangreiche Klär-
 anlagen nordwestlich des Hochwasserwerks unter Benutzung der
 Nebenengen des Kücherei Mühlenbaches geschehen kann. Eine
 Eingabe der hiesigen Schlachter über die Beseitigung der Schlach-
 ter an der Wurfherstellung soll dem Senat zur Erwägung über-
 wiesen werden.

Mohn als Tabakerjahn nicht zu empfehlen.
 In verschiedenen Veröffentlichungen der Tagespresse
 sind auch die Wäcker, die Stengel und die reifen Kapselfrüchte
 im Inlande angebauten Mohnes als Tabakerjahnstoffe empfohlen
 worden. Gegen eine derartige Verwendung dieser Pflanzenteile
 äußert das Kaiserliche Gesundheitsamt Bedenken wegen der dar-
 mit verbundenen gesundheitlichen Gefahren. Bekanntlich ist der
 Schlafmohn diejenige Pflanze, aus der das Opium gewonnen
 wird, und zwar ist es der Milchsaft der unreifen Kapselfrüchte,
 der am reichlichsten mit dem betäubenden Alkaloiden, besonders dem
 Morphinum behaftet ist. Durch Untermischung der im Handel be-
 findlichen zerstückelten Mohnkörner, welche angeblich aus reifen
 Kapselfrüchten, sind aber noch beträchtliche Mengen Morphin
 enthalten. Hiernach ist der Alkaloidgehalt auch der reifen
 Kapselfrüchte so erheblich, daß Bedenken gegen ihre Verwendung er-
 hoben werden müssen, abgesehen davon, daß der Zustand der Reife
 von Laten nicht immer erkannt werden dürfte. Das hinsichtlich
 der Kapselfrüchte geäußerte gilt wahrscheinlich auch bis zu einem gewissen
 Grade von den übrigen Teilen der Schlafmohnpflanze. Es emp-
 fiehlt sich daher, ganz allgemein nicht nur die Kapselfrüchte,
 sondern auch die Blätter und Stengel des Schlafmohnes als Tabakerjahn-
 stoffe zu vermeiden.

Verhalten bei Mitegenerarm. Das Stelochretende General-
 kommando teilt mit: Die durch feindliche Luftangriffe auf das
 Heimatgebiet unter der Bevölkerung entstandenen Verluste waren
 im September 1918 erfreulicherweise noch geringer als im August.
 Doch hätte sich auch im September bei genauer Befolgung der
 Verhelfungsmaßnahmen ein großer Teil der Verluste vermeiden
 lassen. Diese Tatsache zeigt wiederum, wie nötig es ist, daß bei
 "Mitegenerarm" jeder einzelne sich ohne Verhelfung, aber schnell
 in die nächste Deckung begibt und diese erst wieder verläßt, wenn
 der Alarm aufgehoben ist.

50 Kubikmeter Gas dürfen im November nach den Bestim-
 mungen über die Einschränkungen des Gasverbrauches entnom-
 men werden.

Neue Vordrucke für Schubbedarfscheine. Wegen der Zu-
 nahme der gefälschten Schubbedarfscheine und da die heute ge-

gebräuchlichen Vordrucke keinerlei Schutz gegen Fälschungen ge-
 währten, wird die Reichsstelle für Schubverforgung neue gegen
 Nachahmungen besser als bisher gesicherte Schubbedarfscheinvor-
 drucke herstellen lassen und an die Kommunalverbände abgeben.
 Die jetzigen Bestände an Vordrucken sind von den Gemeinden zu
 verbrauchen. Die neuen Bedarfscheinordrucke sind ähnlich wie
 Wertpapiere gegen Fälschungen gesichert und werden nur von der
 Reichsstelle an die Kommunalverbände vertrieben. Bis die Aus-
 gabe dieser Scheine erfolgt sind Maßnahmen zu einer verschärften
 Ueberwachung der im Verkehr befindlichen Bedarfscheine ge-
 troffen worden.

Die Herstellung von Notgeld beschloß gestern der Bürger-
 ausschuss auf Antrag des Senates. Der Bedarf an Zahlungsmitteln
 ist stark gestiegen, zumal es fast anscheinend auch schon
 Papiergeldmangel gibt. Es sollen 5-Mk., 10-Mk.- und 20-Mk.-
 Scheine gedruckt werden. Da der Gesamtbetrag ein recht hoher
 sein wird, so dürfte dem bestehenden Notstande damit vorläufig
 abgeholfen sein.

Neue Wurzelnmarken. Um die größeren Bestände an
 8-Pf.-Marken aufbrechen zu können, sind 2-Pf.-Marken ausge-
 geben worden, jedoch der 5-Pf.-Satz für Drucksachen bis 50 Gr.
 dargestellt werden kann. Die neuen 2 Pf.-Marken unterscheiden
 sich von den früheren durch die Farbe (früher grau, jetzt violett)
 und dadurch, daß der Germaniakopf im weißen, nicht im gestrich-
 elten Felde steht.

Was ist Kettenhandel?
 Die besonders für Kaufleute wichtige Frage, ob Kettenhandel
 in jedem Falle vorliegt, wann zwischen Erzeuger und Verbraucher
 ein Glied eingeschoben wird, erörterte das Reichsgericht bei folgen-
 dem Strafsfall. Das Landgericht Kiel verurteilte am 26. März
 1918 den Kaufmann Abraham Feigenbaum aus Lübeck wegen
 Kettenhandels zu zwei Monaten Gefängnis. Im Herbst
 1917 hatte Feigenbaum zu einem gewissen Engel vertrieben
 Waren aufgekauft und sie in Lübeck verkauft. Die Gegenstände
 pflegte er meist in Kiel von Matrosen zu er-
 stehen und sie dem Angeklagten zu bringen. Unter anderem wur-
 den so dem Feigenbaum mehrere Körbe Rum und Spirit, Anzugstoffe und
 60 Liter Del zugeführt. Feigenbaum zahlte stets angemessene Preise
 und verkaufte die Waren direkt an Konsumenten. Diese seine Ge-
 schäfte wurden aber vom Landgericht als Kettenhandel angesehen,
 da die Zuführung der Ware an den Verbraucher dadurch ver-
 zögert worden wäre. Hiergegen legt der Angeklagte Revision
 beim Reichsgericht ein. Dieser wurde stattgegeben mit der
 Begründung, daß die Einschaltung eines Vermittlergliedes zwi-
 schen Verbraucher und Erzeuger dann erlaubt ist, wenn dessen
 Tätigkeit sich darauf beschränkt, die Ware in andere Verbraucher-
 hände zu bringen. Da das Urteil noch weitere unzureichende
 Feststellungen bezüglich des Kettenhandels aufwies, wurde das
 Urteil aufgehoben und die Sache an die Vorinstanz zurückver-
 wiesen.

Ein größerer Schadenfeuer entstand gestern mittag in der
 Lübecker Maschinengesellschaft. Ein Materialschuppen und
 zwei weitere Schuppen wurden zerstört. In einem der verbrann-
 ten Schuppen bewahrten die Arbeiter auch ihre Kleider auf, die
 sie auf dem Wege zur Arbeit trugen. Sie sollen durch das Feuer
 mit vernichtet sein. Der Schaden ist erheblich, doch wird der Be-
 trieb nicht gestört. Ueber die Entschädigungsursache des Feuers ist
 bisher nichts Bestimmtes festgestellt worden.

wb. Hoftheater. Die Operette "Polenblut" von
 Stein und Oskar Nedbal, die vor einigen Jahren im Stadt-
 theater große Anziehungskraft ausübte, ist nun im Hoftheater
 neu einstudiert worden. Der neue Kapellmeister Herr W. M. u. e. n. r.
 tritt, dem der Erfolg des Abends in erster Linie zu danken ist,
 hatte keine leichte Aufgabe. Der Inhalt ist bekannt. Die Auto-
 ren handeln nach dem Leitmotiv: Immer Lustig, und wenn die
 Welt darüber zugrunde geht! Der verlotterte polnische Graf
 Narenski setzt lieber seine Güter aufs Spiel, als daß er auf seine
 Genußsucht verzichtet. Um so mehr wundert man sich, daß der
 reiche Grundbesitzer Zarembo absolut dem leichtlebigen Burlesken
 seine Tochter aufdrängen will. Im übrigen eine bunte Ausstat-
 tung. Glänzende Kostüme. Handlung und Musik auf gleiche-
 Tendenz gestimmt. Man laßt sich von der Sorgen der er-
 sten Zeit. Aber es ist auch ein erster Hintergrund da: Durch-
 harte Arbeit die Gefahr zu bannen. Mit dem Spiel und Gesang
 haperte es vor allem bei dem Darsteller des leichtlebigen Grafen,
 Herrn H. o. e. n. s. e. l. e. r. k. Die Krankheit fastete ihn noch zu sehr.
 an. Herr H. o. e. n. s. e. l. e. r. k. war als die Darstellerin des Genußweibes,
 der Tänzerin Wanda zu nervös, und die Darstellerin der Mutter
 genügte durchaus nicht. Dagegen verdient Herr L. i. e. b. i. c. h., die
 durchschlagendem Impuls die Helena, Zarembo's Tochter,
 gab, ein Lob. Sie fändelte sich reißend an die Seite des Grafen
 neben. Herr Baumgarten als Popiels war ihr ein guter
 Förderer. Das Ganze vervollständigte Herr G. e. y. e. r. als Gut-
 sherr Zarembo mit durchschlagendem Erfolg, wie der starke Bei-
 fall bewies.

Der Sonntag im Walde ist von jeher das Ziel vieler Tau-
 sende gewesen, die Erholung suchen von der Werktagsarbeit. In
 diesen schönen Herbsttagen kann man das Angenehme mit dem
 Nützlichen verbinden, wenn man dabei mithilft, die in diesem
 Jahr überaus reichlichen Bucheckern zu bergen. Von vielen
 Städten wird bereits berichtet, daß ihre Einwohner in Scharen
 Sonntags den Buchenwäldern aufstehen, ja, trotz der Verkehrsnot
 haben sich manche Eisenbahndirektionen bewogen gefühlt, Sonder-
 züge einzulegen; gilt es doch, der Not zu steuern. Wer Buch-
 eckern sammelt, sorgt nicht nur für die Allgemeinheit, sondern
 auch für sich, denn für jedes Kilogramm abgegebene Bucheckern
 erhält er einen Silbergroschen auf 60 Gramm Bl, die nicht auf
 die Getration angerechnet werden.

Verein für vollständige Naturkunde in Lübeck. Wir weisen
 auf den ersten Lichtbildvortrag unseres Vereins in diesem
 Winterhalbjahr hin. Der Vortragende, der über die ostholstei-
 nischen Seen und ihre Erforschung spricht, hatte in
 diesem Sommer Gelegenheit, während eines längeren Aufenthaltes
 in der hydrobiologischen Station in Bön die Seen aus eigener
 Erfahrung kennen zu lernen und konnte an vielen Fahrten, die
 auf Forschungszwecken unternommen wurden, teilnehmen. Näheres
 siehe Inserat in heutiger Nummer.

Geratsföde. Sozialdemokratischer Wahlstiege.
 Bei der Stadtverordnetenwahl wurden unsere Genossen Jürgensen
 und Stöden gewählt, auf die 243 resp. 241 Stimmen entfielen.
 Die bürgerlichen Kandidaten brachten es auf 151 und 149 Stimmen.

Verantwortlich für die Rubrik "Aus Lübeck und den Nachbargebieten"
 und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul G. w. i. g. t., für
 den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling,
 Verleger: Th. Sch. w. a. r. k., Druck: Friedr. Meyer & Co.,
 Sämtlich in Lübeck.

Hunde an die Front!
 Bei den gewaltigen Kämpfen im Westen haben die Hunde durch
 stärkstes Trommelfeu die Meldungen aus vorderster Linie in
 die rückwärtigen Stellungen gebracht. Hunderten unserer Soldaten
 ist das Leben erhalten, weil Hunde ihnen den Meldeweg ab-
 nahmen. Militärisch wichtige Meldungen sind durch Hunde recht-
 zeitig an die richtige Stelle gelangt.
 Obwohl der Nutzen der Meldehunde überall bekannt ist, gibt
 es noch immer Besitzer kriegsbrauchbarer Hunde, welche sich nicht
 entschließen können, ihr Tier dem Vaterlande zu Leihen!
 Es eignet sich Schäferhund, Labrador, Weidwachtelhund, Berner-
 Sennenhund, Boxer, Leonberger, Hundeländer, Bernhardiner,
 Dobermann und andere aus diesen Rassen, die schnell, gesund,
 mindestens 1 Jahr alt und von über 50 cm Schulterhöhe sind. Die
 Hunde werden von Fachlehrern in Hundeschulen abgerichtet
 und im Erlebnisfall nach dem Kriege an ihre Besitzer zurück-
 gegeben. Sie erhalten die denkbar sorgsamste Pflege. Sie müssen
 kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die Abholung erfolgt
 durch Ordnonanzen.
 Wo Besitzer: Cure Hunde in den Dien? des Vaterlandes!
 Die Annahmestellen für Kriegshunde und Meldehundchen an
 Inspektion der Nachrichtentruppen, Berlin-Halensee, Kurfürstend-
 amm 152, Abteilung Kriegshunde, richten. (5216)

Bekanntmachung
 betreffend Abgabe von Fleischwurf an Schwerst-
 arbeiter und von Fleischzulagen für Kranke in
 der fleischlosen Woche vom 21. bis 27. Oktober 1918.
 Der Verkauf der in der fleischlosen Woche vom 21. bis 27. Ok-
 tober 1918 zur Verteilung kommenden Fleischwurf an Schwerst-
 arbeiter findet vom Donnerstag, dem 24. bis Sonnabend, dem
 26. Oktober 1918 bei dem Schlachtermeister Wilhelm Rahlf,
 HofstraÙe 3, statt. Die auf Grund ärztlichen Attestes ge-
 währten Fleischzulagen für Kranke werden ebenfalls bei dem
 Schlachtermeister Wilhelm Rahlf, HofstraÙe 3, verabfolgt.
 Lübeck, den 24. Oktober 1918. 5219

Das Polizeiamt
 Die nach der Bekanntmachung vom 25. August 1917, betreffend
 Einschränkung des Gasverbrauches, zu 5, Absatz 1 und 2 frei-
 gegebene Monatsmenge beträgt für den November 1918: 50 cbm.
 Lübeck, 24. Oktober 1918. (5220)

Die Betriebsbehörde.

Deutscher
Metallarbeiterverband
 Verwaltungsstelle Lübeck.
 Am 19. Oktober starb unser
 treues Mitglied, der Heizer
Joh. Stöwer.
 (Bez. 28.)
 Ehre seinem Andenken!
 Beerdigung Sonnabend
 nachmittags 3½ Uhr auf dem
 Vorwerker Friedhof.
 Ferner starb am 21. Okt.
 unser treues Mitglied
Elsa Lebermann.
 (Bez. 32.)
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung ist heute
 erfolgt.
 Dem Weltkriegs fielen
 ferner zum Opfer unsere
 treuen Kollegen
Otto Jarchow
 Klempner,
Walter Mardfeldt
 Klempner,
Wilh. Müller
 Schlosser,
Erich Schröder
 Gießereif.
 Wir werden denselben ein
 ehrendes Andenken bewahren
 5222 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband.
 Zahlstelle Lübeck.
 Als weiteres Opfer des
 grausamen Weltkrieges
 haben wir unser Mitglied,
 den Tischler
Karl Regling
 zu beklagen.
 Wir werden demselben
 ein ehrendes Andenken be-
 wahren.
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, dem 25. Oktober,
 auf dem Ehrenfriedhof statt.
 Beginn der Trauerfeier
 10½ Uhr in der Kapelle
 Burgtor-Friedhof. Die
 Kollegen sammeln sich 10Uhr
 vormittags im Restaurant
 "Stadtport", Israelsdorfer
 Allee.
 5210) Die Lokalverwaltung.

Danksagung.
 Für bewiesene Teilnahme
 und reichen Kranzspenden
 bei der Beerdigung unseres
 lieben guten Vaters, Schwie-
 ger- und Großvaters
Heinrich Kröger
 insbesondere Herrn Pastor
 Kanitz für seine trostreichen
 Worte sagen allen unsern
 besten Dank. (5205)

Die trauernden
 Hinterbliebenen.
 Schützenstr. 52 b.

Geb. Mann sucht Tätigkeit,
 mögl. in drast. Betriebe, Landw.,
 Gärtnerei, Bahn oder dergl. Ang.
 umr. G. C. an die Exp. (5215)

Hansa-Theater.
 Donnerstag abend 7 Uhr:
Schwarzwaldmädel.
 Freitag: Polenblut.
 Sonnabend:
Drei alte Schachteln.
 Als Gast: Carl Tralow vom
 Carl-Schult-Theater in
 Hamburg. (5211)

Schlosser und Klempner
 zu möglichst sofortigem Eintritt gesucht.
 Nur vollständige Adresse einschicken, worauf Zusendung auszu-
 füllenden Fragebogens erfolgt. Reisevergütung.
Luft-Fahrzeug-Gesellschaft m. b. H.
 Bitterfeld (Prov. Sachsen). (5209)

Blodwagen, Leiter- u. Wirtschafts-
 wagen, extra stark,
 bis 8 Ztr. Tragf., gr. Ausw., bill. Preise.
C. Bliessath Wwe.,INHABER (5208)
 Carl Landwehr.

Vom 22. bis 25. Oktober
Ausstellung von Originalbildern
 des Kriegsmalers der Heeresgruppe des Westens
Ernst Vollbehr
 im weissen Saal der Stadthalle.
 Geöffnet von 10-1 und 4-8 Uhr.
 Eintrittspreis 30 Pfg., Militär und Schüler 20 Pfg. (5218)

Alle Arbeiter
 kaufen gern und gut ihre
 Arbeitskleidung bei
Otto Albers
 Markt 4, Kohlmarkt 10.
 Mitgl. des Rab.-Sparv. Lübeck.

Bilderleisten
 einrahmungen
Oscar Tauchnitz, Glashandlg.,
 Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808.

Verein für volkstümliche
Naturkunde zu Lübeck.
 Am Freitag, 25. Oktober 1918
 abends 8¼ Uhr pünktlich
 im Vortragssaal des Natur-
 historischen Museums
Lichtbildervortrag
 des Herrn Mittelschullehrer
 Ernst Schermer:
Ostholsteinische Seen
 und ihre Erforschung.
 Gäste willkommen.
 Der Vorstand. (5218)

Stadtheater Lübeck.
 Spielzeit 1918/19.
 5203
 Donnerstag, den 24. Oktober
Die Kreuzelschreiber.
 Bauernkomödie in 3 Akten
 von Ludw. Anzengruber.
 Anfang 7 Uhr.
 2. Vorstellung für die
 Schauspielergemeinde.
 Grüne Karten.
 Freitag, den 25. Oktober
Mignon.
 Oper in 3 Akten v. A. Thomas.
 Anfang 7 Uhr.
 4. Vorstellung im Freitag-Ab.
Rose von Sтамbul.
 Operette in drei Akten
 von Leo Fall.
 Anfang 7 Uhr.
 Sonntag, den 27. Oktober
Die Räuber.
 Trauerspiel in 5 Aufzügen von
 Friedr. von Schiller.
 Anfang 2¼ Uhr.
 1. Volksvorstellung.
 Abends 7 Uhr
Carmen.

Lübecker Straßenbahn.
 Wegen Einstellung des Zugos
 nachts 12 Uhr 42 Min. von Kleinen
 kommt bis auf weiteres
auf der Linie 3
 der Wagen 128 nachts ab Markt
 und
 der Wagen 125 nachts ab Bahnhof
 in Hortal. (5204)
 Lübeck, den 21. Oktober 1918.

Gehührt einige im Rechnen
 und Schreiben geübte und
 womöglich schon im Bureau-
 dienst tätig gewesene (5221)

AushilfssträÙe.
 Ma. Ostholsteinische Lübeck.

Albert Eckhorst
 Inhaber des G. l. Kreuzes
 2. Klasse, in jenem 26. Le-
 bensjahre, tief betrauert
 und schmerzlich vermisst von
 uns allen. (5214)

F. Eckhorst u. Fran.
 Ein Sofa, Koffertable, Tisch,
 Küchenanrichtung billig. (5217)
 Telesse, Heckenb. Miller 2, L.

Sozialdemokrat. Verein
Lübeck.
 Ortsgruppe Moisling.
 Am 17. Oktober starb im
 Reserve-Lazarett Desankum
 in Hamburg unser Genosse
Wilhelm Müller.
 Ehre seinem Andenken!
 5212) Der Vorstand.

Arbeiter und Arbeiterinnen
 gesucht: Arbeitsstelle Lübeck.
 5202) Brandl, Jahrb. L.

Diktatur oder Mehrheitsherrschaft?

Von M. Beer.

Die jahrelangen oder gar jahrzehntelangen Erörterungen über unsere Taktik, unsere Kampfmethoden und den Weg zum Sieg, die wir so oft als leidiges Literatengedank, als schalaktische Spitzfindigkeiten erwünscht, gewinnen jetzt — inmitten der politischen Umwälzungen im Reich — an großer Bedeutung und Wichtigkeit. Denn von der richtigen Taktik hängt nunmehr nicht nur das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse, sondern auch das Schicksal des Vaterlandes ab.

Unsere große Schwierigkeit bestand, kurz gesagt, in folgendem Widerspruch: Unsere Taktik war in der Phrase, in unseren Schlagworten revolutionär; wir vermochten uns nicht von den überlieferten Gedankengängen einer gewalttätigen, von einer zielbewußten Minderheit durchzuführenden Revolution zu befreien. In der Wirklichkeit jedoch war unsere Taktik demokratisch-parlamentarisch und auf die friedliche Erlangung von Reformen eingestellt, aber wir lebten unter einer Verfassung, die mit nichts weniger als demokratisch-parlamentarisch bezeichnet werden konnte, denn der auf Grund des allgemein männlichen Stimmrechts gewählte Reichstag war aller ausführenden Macht beraubt. Wir hatten wohl alle die Empfindung, daß wir uns in einer Sackgasse befanden.

An dieser widerspruchsvollen Lage zwischen überlieferten Revolutionen und demokratischem Reformwillen, zwischen parlamentarischen Ansichten und unparlamentarischen Zuständen frunkte unser Parteilieben und war — trotz seiner äußeren Stärke — nicht imstande, an innerer Kraft, an Klarheit und Folgerichtigkeit zu gewinnen. Viele von uns empfanden den Widerspruch, manche erfaßten ihn klar, aber er wurde nie so ausgesprochen wie er war, denn wir alle scheuten uns, allzufrüh, in großen Dingen klar zu sagen, was uns fehlt und was wir brauchen.

Unter den erschütternden Wirkungen des Krieges jedoch weicht der Widerspruch, öffnet sich die Sackgasse, klären sich die Zustände und wir dürfen jetzt wohl in der Lage sein, zu denken, zu sprechen und zu handeln. Die Frage: „Diktatur oder Mehrheitsherrschaft?“ verlangt dringend einer Lösung und kann nunmehr gelöst werden.

Die revolutionäre und die reformistische Taktik, oder die diktatorische und die demokratische Handlungsweise der Sozialisten entsprechen zwei von einander verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsstufen des Gesellschaftslebens. Die sozialistisch-proletarischen Elemente der neuen Zeit waren stets besonders regsam in Zeiten der bürgerlichen Krisen und Revolutionen. Wo immer das Bürgertum in den Kampf eintrat gegen die feudale und absolutistische Herrschaft, kamen die sozialrevolutionären Elemente (d. h. diejenigen Schichten, die ein besonderes Interesse an einer Aenderung der Eigentumsverhältnisse im sozialistischen Sinne hatten) an die Oberfläche und versuchten, die in rasche Umwälzung geratenen Zustände nach der sozialistischen Richtung hin zu steuern. Entsprechend der wirtschaftlichen Unruhe waren diese Elemente verhältnismäßig gering an Zahl, unklar in ihrem Willen, aber von starkem revolutionärem Gefühl getrieben, und sie versuchten, auf die bürgerliche Revolution die parlamentarische aufzupropfen. Eine entschlossene Minderheit versuchte die Eigentumsfrage in ihrem Sinne zu lösen und diese Lösung der ganzen Gesellschaft aufzuzwingen. Das war die Taktik der Anhänger der Bergesellschaftung des Grund und Bodens in der englischen Revolution um die Mitte des 17. Jahrhunderts, ferner der Anhänger Babeufs während der ersten Jahre der französischen Revolution, der französischen Kommunisten in den Jahren von

1830, 1834, 1848, des von Marx und Engels geleiteten Kommunistenbundes in den Jahren 1847—1852, der Communards im Jahre 1870/71 und das ich noch die Taktik der Bolschewiki im Jahre 1917/18.

Es ist das Verfahren einer zielbewußten, aber ganz geringen Minderheit, einer noch unreifen, unmündigen Bewegung unter politischen Zuständen, die von einer Oligarchie, einer bevorrechteten Minderheit beherrscht werden und unter wirtschaftlichen Zuständen, die noch auf einer niedrigen industriellen Stufe sich befinden. Unter derartigen Verhältnissen kann man noch nicht das Recht der Einzelperson auf Achtung und Duldsamkeit, auf freie Meinungsäußerung, auf selbständige Ueberzeugung, Zwang von oben und Zwang von unten!

Der Theoretiker dieser Taktik war der Franzose Louis August Blanqui (1805—1881), der im 2. und 3. Viertel des 19. Jahrhunderts eine große Rolle in Frankreich spielte. Deshalb nennt man diese Taktik die blanquistische. Karl Marx, der in seinen besten Bildungsjahren unter französischem Einfluß stand, konnte sich von dieser Taktik nicht gänzlich befreien. Zur Zeit, als er das „Kommunistische Manifest“ schrieb, war er fast Blanquist. Nicht mit Unrecht sagt Jaures:

„So ist seit 120 Jahren die Methode, von der Babeuf zuerst Gebrauch gemacht hat und für die Marx und Blanqui die Formel gegeben haben, zur Theorie geworden, die darin besteht, die bürgerlichen Revolutionen zu benutzen, um in sie den proletarischen Kommunismus hineinschlüpfen zu lassen, verschiedene Male und in verschiedener Gestalt angewendet oder vereschlagen worden. Sie hat überall große Ergebnisse gezeitigt. Durch sie ist in großen geschichtlichen Tagen die Arbeiterklasse zum Bewußtsein ihrer Kraft und ihrer Bestimmung gelangt. Mit dieser Methode endlich ist das Proletariat in die politische Bewegung eingetreten, bevor es noch eine entscheidende Kraft besaß. Aber es war ein Hirngepöbel, zu glauben, daß die revolutionären Bewegungen der Bourgeoisie dem Proletariat die Gelegenheit zu einem glücklichen Gewaltstreich geben könnte. Tatsächlich hat diese Taktik nie zum Ziele geführt. ... Uebrigens, wenn eine proletarische Bewegung durch die Ueberrumpelung sich plötzlich einer Bewegung einer anderen Klasse bemächtigt hätte, wozu hätte das geführt? Sie hätte sich rasch durch eine Reihe von Kompromissen zu einer rein demokratischen Bewegung abgeschwächt. Aus der siegreichen Kommune 1870/71 wäre höchstens eine linksliberale Republik hervorgegangen.“

Der Zeitabschnitt der proletarischen Diktaturversuche ist für West- und Mitteleuropa vorbei; Marx selbst gab dies übrigens zu, als er die französischen Mitglieder der Internationalen im September 1870 warnte, Versuche zum Sturz der neuen Regierung zu machen. Als am 4. September 1870 das Kaiserreich stürzte, schrieb Marx im Namen des Generalsekretärs der Internationalen:

„Jeder Versuch, die neue Regierung zu stürzen, wo der Feind schon an die Tore von Paris pocht, wäre eine verwerfliche Torheit. Die französischen Arbeiter müssen ihre Pflicht als Bürger tun. ... Mögen sie ruhig und entschlossen die Mittel ausmachen, die die republikanische Freiheit ihnen gewährt, um die Organisation ihrer eigenen Klasse gründlich durchzuführen. Das wird ihnen neue, herrliche Kräfte geben für die Wiedergeburt Frankreichs und für unsere gemeinsame Aufgabe — die Befreiung des Proletariats.“

Die Worte sind eindringlich und bedeutungsvoll — auch für uns. Die sozialistische Taktik in einer Demokratie ist eine Regierung durch Diskussion, deren Ergebnis durch Mehrheitsbeschluß festgelegt wird, zum Zwecke des Wirkens durch starke Mehrheiten. Oligarchie ist Regierung durch Zwang, ausgeübt von einer Minderheit gegen eine Mehrheit. Das west- und mitteleuropäische Proletariat hat sich in jahre-

langen Diskussionen und Experimenten eine Taktik geschaffen, die vollständig auf der Demokratie, auf dem Willen der großen Mehrheit begründet ist. Es lauert nicht mehr auf bürgerliche Revolutionen. Es will aus eigener Kraft und im Namen der eigenen Idee auf alle denkbaren Menschen wirken. Es will nicht mehr die bürgerliche Revolution niederwerfen, „wie man einen Ritter niederwirft, um sich seiner Rüstung zu bemächtigen“. Es schafft sich seine eigene Organisation, seine eigene Macht. Es hat durch das allgemeine Stimmrecht, wo sich Mehrheit und Minderheit genau zählen, es hat im demokratischen Zustand, wo freie Diskussion die Meinungen klärt, ein gesetzmäßiges Mittel und wirkungsvolle Hebel zur Verwirklichung seiner Ziele. Es hat in den Gewerkschaften und Genossenschaften, wo Mehrheitsbeschlüsse ausschlaggebend sind, eine wachsende wirtschaftliche Macht. „Es ist nicht mehr darauf angewiesen, der abenteuerliche und gewalttätige Paroxysmus bürgerlicher Revolutionen zu sein.“ (Jaures.) Es bereitet seine eigene Umwälzung methodisch vor durch schrittweise Eroberung der Macht der Produktion und der Macht des Staates.

Uebrigens waren sämtliche erfolgreiche bürgerliche Revolutionen nicht das Werk einer kleinen gewalttätigen Minderheit, sondern das Ergebnis des Wirkens der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung. In der englischen Revolution standen die Bürger und Bauern gegen ein Häuflein Absolutisten. In der französischen Revolution stand eine Bevölkerung von über 20 Millionen gegen feudale und klerikal-monarchische Gruppen von insgesamt 200 000 Menschen. Nur auf diese Weise werden Revolutionen erfolgreich. Auch die sozialistische Umwälzung wird nur Bestand haben, wenn sie im Geiste der Demokratie, im Geiste der Organisationsarbeit der Arbeiterklasse, sich auf starke Mehrheiten stützt. Eine revolutionäre Oligarchie kann noch weniger Bestand haben als eine adelige Oligarchie.

Die die Volksregierung nicht vergessen darf.

Die neue Regierung markiert mit großen Schritten nachwärts zur demokratischen Reform und zum Friedensziel. Volkstaat und Völkerbund sind ihre Programmpunkte. Sie mehr für davon verpflichtet, um so sicherer ist ihr Beifall und Treue der Volksmassen.

Aber sie darf dabei die dringendsten sozialen Nöte des Tages nicht übersehen. Am wenigsten bei den Männern, die für Deutschland gebüht haben, bei den Kriegsbefehlshägern, deren sich seit Monaten eine immer trübere Stimmung bemächtigt.

Die Renten der Kriegsbefehlshägern werden heute noch bezahlt nach dem Sagen, die einst in fernher Friedenszeit bei einem ganz anderen Geldwert festgesetzt wurden. Anausgibt haben die Kriegsbefehlshägern um Teuerungszulagen; endlich im Sommer wurde denen, die über 50 Prozent der Erwerbstätigkeit verloren hatten und bedürftig waren, eine kleine Zulage gewährt. Jetzt erinnert eine Anfrage des Abgeordneten Davidsohn im Reichstag daran, daß diese wenigen Teuerungszulagen noch immer nicht überall ausgehört werden!

Die Rentenregelung unterliegt heute ganz dem Gutdünken der Stabsärzte und Militärbehörden. Der Kriegsbefehlshäger selbst hat keinerlei praktisch brauchbare Rechtsmittel. Feierlich hatte die Versorgungsabteilung des Kriegsministeriums für den Herbst eine Abänderung des Mannschaftsversorgungs-Gesetzes verprochen, durch die ein geordnetes Rechtsverfahren nach Art der zivilen Verfahren geschaffen werden sollte. Nichts von diesem Gesetz ist zu sehen und zu hören. Es lagert bei irgendeinem Ministerialdirektor ab — die Ressorts sind sich noch nicht einig.

Nicht nur die Kriegsgewinner und die Feiler wohlgefüllter Hausierer fürchten den plötzlichen Ausbruch des Friedens, auch die Kriegsbefehlshägern müssen vor ihm zittern. Sie wissen, daß, wenn die Munitionsindustrie stillsteht, und die vielen Millionen gesunder Männer heimkehren, sie fast sämtlich arbeitslos auf der Straße liegen. Einstimmig haben die Gewerkschaften aller Richtungen sich für den Einstellungszwang der Schwerbeschädigten

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

38. Fortsetzung.

Reisner überhäupte Lucie mit Geschenken. Er setzte seinen Ehrgeiz daran, sie, die recht vernünftig war, zu verblüffen. Er zeigte bei dieser Gelegenheit, daß er Geschmack und Phantasie hatte, und es machte ihn sehr stolz, wenn er wahrnahm, daß sie das merkte. Ihm war, als ob er in solchen Augenblicken, wo sie ihn mit einem dankbaren Blick der Anerkennung und Bewunderung lobte, wachte.

Sein Ton ihr gegenüber wurde freier, beherrschter und war doch von jener sich bewegenden und fast demütigen Zärtlichkeit durchdringt, die die einzige Art ist, der schöne und überlegene Frauen sich unterwerfen.

So ergab sich allmählich jenes unalte Verhältnis zwischen ihnen, in dem der Mann sichtbar der Führende ist, während er in Wirklichkeit doch geführt wird. Reisner verliebte das eine starke Sehnsucht. Erachte jetzt des Allen in Moran, dessen Einfluß, wenn er wirklich bestanden hätte, nun endgültig ausgeschaltet war.

Reisner wurde nun ungesünder und drängte darauf, daß auch Lucie das ihre tue, um ihrer beider Hoheit zu beschleunen. „Ich bin kein Jüngling mehr“, meinte er, „der eine Lust darin findet, andlos zwischen Hängen und Bangen zu schweben. Mich drängt alles zur Ruhe und Klarheit. Wenn du mir gehörst, dann sollst du mit ganz gehören, nur mir allein, und dann sollst du es mir sagen.“

Da legte sie die Arme um ihn, und sie tat das ganz anders als früher, ein Zug von reifer Frauenhaftigkeit und von Stolz und von Vertrauen war an ihr: „Freilich gehöre ich nur dir, und auch ganz. Wem sonst?“

Am gleichen Abend begnadeten sie im Wandelgang eines Theaters Herrn von Webenau.

Dieser sah zuerst nur Lucie, war auf das höchste überrascht, wurde sehr rot und vorlegen, trat dann aber doch auf sie zu, um ihr die Hand zu küßen.

Sie lächelte nachsichtig und sagte ihm ein paar Worte konventioneller Höflichkeit.

In diesem Augenblick trat aus Reisner hinzu, und Herr von Webenau, als er ihn erblickte, verfärbte sich und bot ein Bild bemitleidenswerter Hilflosigkeit, die sich noch steigerte, als Reisner, der den jungen, eleganten Mann richtig einschätzte, Lucie mit einer nachlässigen Handbewegung als seine Braut vorstellte.

Herr von Webenau fand, wie die Verlobten richtig vermutet hatten, nicht die Fassung und die Raffinesse, die nötig gewesen wären, wenn er dem Paar hätte verachtungsvoll den Rücken drehen wollen.

Er stotterte vielmehr einen Glückwunsch, verbeugt sich mit verzerrter Miene und verschwand in der sich drängenden glänzenden Menge.

„Ein gutes Omen“, jaget Reisner. „Die Menschen sind alle da, wenn man sie in ein rationales Moment fest in der Hand hat.“

Gegen die banale Selbstverständlichkeit, und wenn sie ihn auch ermalmte, rennt selbst der nicht an, der außerordentlichen Ereignissen gegenüber ein Held ist.“

Im Schlafwagen des Nacht Schnellzuges legten sie die Reise nach Berlin zurück.

Reisner schlief gut und traumlos. Diese letzte Nacht war für ihn der Vorhang, den er hinter einem nicht sehr beträchtlichen Abschnitt seines Lebens endgültig zuzog und den er nie mehr lüsten wollte.

Auch das Berlin, in dem er am nächsten Morgen erwachen würde, war für ihn nicht mehr das alte. Er sah es mit neuen Augen. Und sein Boden war ein Grund, der unter ihm nicht mehr wanken konnte.

Zehn Minuten bevor der Zug in den Anhalter Bahnhof einfuhr, trafen sich Reisner und Lucie im Gange des Schlafwagens. Ihre Gesichter waren frisch, und ihre Augen hatten den Glanz nähmlich verhaltener Erwartung.

Nach ehe der Zug in der düsteren Halle zum Stehen gekommen war, öffnete Reisner die Tür des Wagens. Er sprang ab, lächelte und hielt ihr beide Hände entgegen, so daß sie gleichsam in seine Arme fiel.

Profop übernahm das Gepäck und sorgte für ein Auto. Sie fuhren zum „Hotel Adlon“, in dem Lucie für die nächsten Tage Wohnung nahm, und trennten sich dann.

„Wohin?“ fragte Profop, der mit dem Chauffeur vor dem Portal wartete.

„Nach Hause“, rief Reisner, „aber schnell!“

Der Chauffeur fuhr rascher, als ihm erlaubt war, und jeder dumpfer Brauner, den die Hupe von sich gab, er schien Reisner wie ein Signal der Freude.

Er fand sein Haus stumm und einsam, mit verschlossenen Türen und herabgelassenen Rollläden, die in einem tiefen Schlaf bejagelt.

Die Zimmer rochen wie nach Moder, die Luft war schlecht. Er rief sofort die Fenster auf und badete sich in der Sonne, die nun, als habe sie Verjauntes nachzuholen, warm und wie flüchtig hereindrang. Zwischen den Bäumen vor dem Hause hasteten sich zwei Spazier unter lautem Spektakel.

Reisner wandte sich von diesem Bild ab, das zu idyllisch war, als daß es seine vibrierenden Nerven hätte beruhigen können. Er ging an das Telefon und ließ sich, mit den Fingern ungeduldig auf der Tischplatte trommelnd, verbinden. „Hier Reisner. Sind Sie es selbst, Mannheimer?“

Die Stimme aus dem Geschäftsviertel der Friedrichstraße bejahte.

„Sie sprachen mit vor ein paar Wochen von der Sache Braß. Ist sie noch zu machen?“

„Ja? Gut, dann besuchen Sie mich morgen! ... Ob ich Lust habe, zu kaufen? ... Vielleicht ... Also auf morgen. Auf!“

würde. Hier fehlte das, dort jenes, und er machte sich Notizen darüber. Und doch war er mit seinen Gedanken gar nicht bei der Sache. Etwas anderes spuckte ihm im Kopf herum, etwas Großes, das, wenn es gelang, ihn den Abstrichen für seine Zukunft um einen großen Schritt näher brachte.

Der Kommissionsrat Mannheimer, mit dem er schon wiederholt Gespräche abgewickelt hatte, hatte ihm gegenüber gesprochen einige von der Automobilfabrik A. Braß und Sohn verlausen lassen, einem Unternehmen, das, mit zureichenden Mitteln gegründet, anfangs auch prosperiert hatte, um dann, nachdem sein Gründer gestorben und es in die Hände geschäftsunrühriger Erben gekommen war, in der Erzeugung und im Absatz allmählich immer mehr zurückzugehen.

Es war schon lange veräußert, doch hatte bisher, obgleich es billig und unter günstigen Bedingungen zu haben war, noch niemand so recht die Lust und den Mut gefunden, es an sich zu bringen, auch Reisner nicht, der mit den Zeigern — einer Witwe mit zwei noch unmündigen Kindern — wohl schon so halb und halb verhandelt, schließlich von einem Kauf aber doch abgesehen hatte.

Heute aber sah er die Sache mit einmalmal ganz anders. Sein Phantasie, durch die Erlebnisse der letzten Wochen beflügelt, malte sich die Wirkungen aus, die es haben würde, wenn dem Unternehmen mit Hilfe einer großzügigen Refinanzierung die einige hunderttausend Mark nicht anjah, wieder aufs neue Leben ein-geblasen wurde.

Man dürfte keine Zeitung, keine Zeitschrift anschlagen, an seiner Urteilsfähigkeit vorübergehen können, ohne auf die schreienden Worte „Braß-Automobile“, „Braß-Motore“ zu stoßen.

Daß eine solche Refinanzierung, die die Fabrik dummerweise bisher vertrieben hatte, enorme Wirkungen auf den Absatz haben würde, war natürlich klar, und die Frage war nur, ob auch genug Geld vorhanden sein würde, um einige Jahre durchzuhalten.

Reisner geriet allmählich in Feuer, seine Gedanken entzündeten sich und wurden doch logisch wieder von einem Willen, den kühl und sachlich war, gebändig.

Er setzte sich an den Schreibtisch, griff zur Feder und begann zu rechnen.

Es verging der Mittag, der Nachmittag und wurde langsam Abend, — aber er sah noch immer am Schreibtisch und rechnete und rechnete und rechnete wieder.

Sein Gesicht war von Spannung und Erregung zerfetzt, doch seine Lippen preßte eine eisernen Tatkraft zusammen.

Er träumte und phantasierte nicht mehr, er rechnete. Als es dämmerte, stand er auf und ließ sich von Profop Schinken, Eier und Tee bringen.

Er aß alles mit einer Gier, die gar nicht darauf achtete, was sie verfracht.

Dann aber lehnte er sich erschöpft in den Sessel zurück und drante sich eine seiner besten Importen an.

Er war entschlossen.

Fortsetzung folgt.

nusgesprochen — nichts ist geschehen, um den Kriegsbeschädigten Arbeit und Brot zu sichern.

Nach immer ist die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten auf ein halbes Dutzend Institutionen verteilt, militärische und bürgerliche, staatliche und kommunale, amtliche, halbamtliche und private. Noch ist kein Schritt gemacht, die dringend notwendige Zusammenfassung der Kriegsbeschädigten-Fürsorge an einer Stelle herbeizuführen.

Die Zeit drängt. Die Kriegsbeschädigten sind in schwerer Sorge, teilweise schon in arger Not. An die Männer der neuen Volksregierung ergoht der dringende Ruf um Hilfe! Vergesst uns, die Kriegsbeschädigten nicht!

Was der Krieg bringt.

Der deutsche Abendbericht.

WB. Berlin, 23. Oktober, abends. (Amtlich.) Teilkämpfe in Flandern. Weidseitig von Solesmes und Le Cateau haben wir einen erneuten Durchbruch versucht der Engländer vereitelt. Die heftigen Kämpfe fanden in der Linie St. Martin-Nouvelles-Waupines-Caillou ihren Abschluß. Auf dem nördlichen Serres-Wieser, beiderseits Douziers und westlich von Grandpre sind Angriffe der Franzosen, auf beiden Maas-Ufern sehr heftige Angriffe der Amerikaner gescheitert.

Die gegnerischen Heeresberichte.

Englischer Bericht vom 22. Oktober, abends: Unsere Truppen drängen in die westlichen Vorstädte von Valenciennes ein. Nördlich dieser Stadt stehen wir tief im Fort des Mismes auf dem Scheldebogen bei Conde zu. Wir machten Fortschritte südlich St. Amand und erreichten die Schelde bei Hallain und das südlich Tournai gelegene Brüssel. Beide Plätze sind in unserem Besitz. Nordwestlich Tournai vertrieben unsere Truppen den Feind aus dem Dorje Forennes und machten Fortschritte darüber hinaus auf die Schelde zu. Weiter nördlich fand ein schwerer Kampf um die Uebergänge über die Schelde bei Pontichin statt.

Französischer Orientbericht vom 21. Oktober. Bei Kom Balanca an der Donau gelangten die französischen Streitkräfte an und bemächtigten sich eines Zuges feindlicher Baraken, die mit Waren und Wehl beladen waren. Nördlich Alessinia rückten die serbischen Streitkräfte trotz des starken Widerstandes vor. Ihre Kavallerie gelangte durch Kühnen Vorstoß in die Gegend östlich Baracin, wobei sie einen Teil des Trains der 217. deutschen Division erbeutete, darunter das archivale Gepäck des Divisionskommandanten Generals von Gallwitz. In der Gegend von Jusf (Nowibazar) brachten Abteilungen von montenegrinischen Komitadschis, die von französischen Truppen unterstützt wurden, in Kämpfen mit den Serben und den Deutschen, sowie den auf dem Rückzug befindlichen Truppen über 1500 Gefangene und bedeutende Beute ein.

Belgischer Bericht vom 22. Oktober. Während des 22. Oktober versuchte der Feind sich an der Lys und am Deynkanal zu behaupten. In der holländischen Grenze versuchte er mehrere von uns ausgeführt Gegenangriffe zurückzuwerfen. Westlich Peteghem, das wir am Tage vorher besetzt hatten, sind alle Angriffe unter schweren Verlusten gescheitert. Eine belgische Armee überschritt den Zulieferungskanal an mehreren Punkten. Auf ihrem Rückzuge haben die Deutschen zweihundert Fahrzeuge in den Kanal von Brügge nach Gent bei Miserie werfen müssen. Westlich Georges legte die französische Armee südlich Deinge einen Brückenkopf von einer Tiefe von 3 Kilometern und einer Breite von vier Kilometern an. Die Patrouillen überschritten die Lys südlich St. Glou. Im Laufe dieser Operationen machten die Franzosen laufend deutsche Gefangene. Die zweite englische Armee hat ihre Front trotz beträchtlichen Artillerie- und Maschinengewehrsfeuers 1500 Meter zwischen der Lys und der Schelde vorgeschoben und auf dem rechten Scheldearmer östlich Becq einen Brückenkopf angelegt.

Die deutsch-englische Gefangenen-Vereinbarung gescheitert?

Aus Berlin wird gemeldet: Die bereits in der englischen Presse angekündigte Antwort der britischen Regierung auf die flehe Klagerung der deutschen Regierung zur Frage der Ratifizierung der Haager Gefangenenvereinbarung vom 14. Juli 1918 ist nunmehr eingegangen. Die englische Regierung lehnt danach die von der deutschen Regierung geforderten Sicherungen gegen eine englische Mitwirkung bei Internierungs- und Deportationsmaßnahmen gegenüber den Deutschen in China ab; auch beharrt sie auf dem von ihr gemachten Vorschlag zur Abänderung der Vereinbarung insoweit, als sie die gegenwärtig in den Niederlanden und der Schweiz internierten Unteroffiziere und Mannschaften von Unterseebootsbesatzungen als einzige von der Heimführung ausgeschloßen sehen will während sie sich mit der Heimbeurlaubung der in diesen Ländern internierten Offiziere von Unterseebootsbesatzungen erklärt. Eine Begründung für diese Unterstellung, die den von der Entente so oft betonten demokratischen Grundsätzen widerspricht, wird englischerseits nicht gegeben.

Der österreichische Heeresbericht.

WB. Wien, 23. Okt. (Amtlich.) Italienischer Kriegsschauplatz.

Allgemeine feindliche Artillerie- und Mörserartillerie an der ganzen Front.

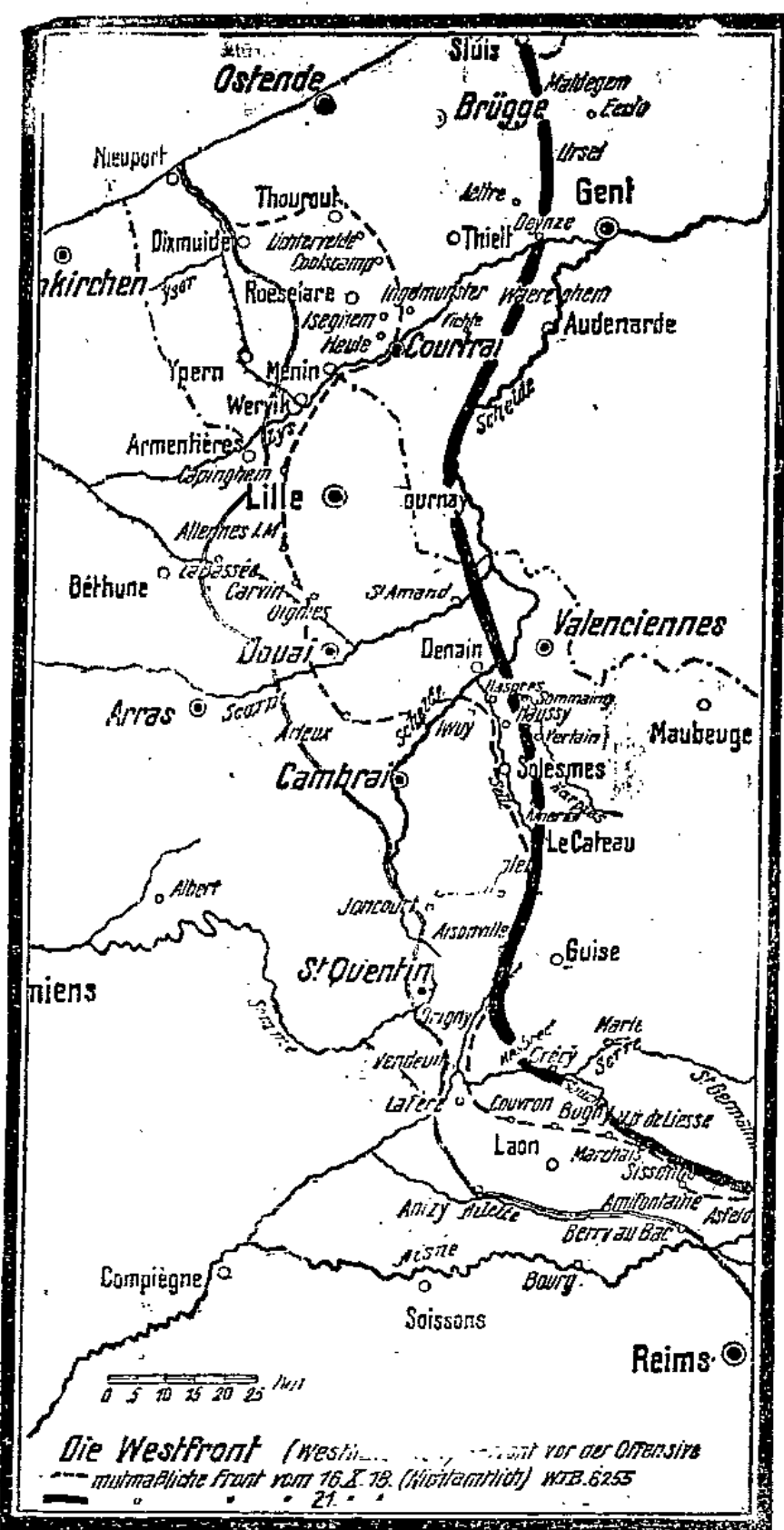
Balkan.

Unter albanischen Kampfruppen nähern sich der montenegrinisch-albanischen Grenze. An der westlichen Morava und nördlich Krutec dauern die Nachkämpfe an. Ein feindlicher Uebergriff bei Krajova wurde vereitelt.

Der Chef des Generalstabs.

Wederle gegen bloße Personalunion und Absonderung vom Bunde.

WB. n. a. V. 22. Oktober. (Abgeordnetenshaus.) Ministerpräsident Wederle ergriß das Wort, nachdem Graf Karolyi den Antrag betreffend Proklamierung einer Personalunion eingehend begründet hatte. Der Ministerpräsident ergriff, den Antrag abzulehnen. Die Regierung werde in kürzester Zeit einen diesbezüglichen Gelegenheitsentwurf einbringen. Der Ministerpräsident erwiderte jedoch mit Bezug auf die Äußerungen Karolyis: Ungarn könne abgesehen von Deutschland keinen Frieden schließen, nicht bloß aus Gründen der Bundesraison, sondern weil auch deutsche Soldaten an der ungarischen Front helfen. Was den Friedensschluß betrifft, so ist bekannt, daß die Regierung alle Schritte unternommen hat. Die Antwort Wilsons hat jedoch nur humanitäre Fragen behandelt, und nicht die eigentliche Massenpflanzfrage. Die Regierung kennt keine internationalistische Kriegsführende Partei, sie erkennt auch nicht die ideologische Vereinigung an. Die Slowaken haben sich im Gegensatz in vielfachen Handlungen gezeigt, daß sie bei Ungarn verbleiben wollen. Was den holländischen Staat anbelangt, so haben wir gegen die Vereinigung Griechenlands, Bosniens und Serbiens nichts einzuwenden. Doch können sich Länder nicht aus



Die Westfront (Westlich Valenciennes) im Vergleich mit der Ostfront (Östlich Valenciennes) vom 16. I. 18. (Höhenunterschied) 1072,6255

dem Verbands der heiligen Stephanskronen losreißen. Der Minister des Äußeren wird die Note Wilsons beantworten. (Allgemeine Zustimmung.)
Budapest, den 24. Oktober. Das Kabinett Dr. Wekerle hat gestern abend in der Sitzung des Abgeordnetenhauses endgültig keine Demission gegeben. In dem neuen Kabinett werden alle Parteien des Abgeordnetenhauses sowie die außerhalb des Parlaments stehenden politischen Parteien, also auch die sozialistischen Arbeiter und die bürgerlichen Radikalen Mitglieder entfenden. (Börs. Ztg.)

Der Krieg „bis zum Ende“.

Petersburg, 23. Oktober. „Krasnoje Gaze“ schreibt in einem Artikel „Bis zum Ende“: Die verbündeten Imperialisten müssen den Frieden nicht unterzeichnen und mit Deutschland bis zur völligen Zerschmetterung kämpfen. Aber ihre Habgier wird dazu führen, daß unter den durch den Krieg erschöpften Völkern Frankreichs, Englands und Italiens gleichfalls ein Fahnenaufrühr ausbrechen wird. Das Lösungswort der Bourgeoisie: „Krieg bis zum Ende“ wird zur völligen Vernichtung der Bourgeoisie führen.

Verhaftungen und Hinrichtungen in Russland.

WB. Petersburg, 20. Oktober. „Pravda“ meldet, daß nach dem auf der Sitzung der außerordentlichen Kommission erfaßten Bericht durch die Kommission 6220 Personen verhaftet und 800 Personen erschossen worden sind.

Von der finnischen Thronfrage.

Aus Helsingfors wird der „Norddeutschen Allgemeinen Ztg.“ folgende bemerkenswerte Meldung übermittelt:
„Suomen Sosialdemokraati“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß bei der finnländischen Regierung ein Telegramm aus Deutschland eingetroffen sei, demzufolge Prinz Friedrich Karl erklärt, daß er vor Ablauf von zwei Monaten keine endgültige Antwort betreffs Uebernahme der finnischen Krone geben könne, da er kein Friedenshindernis sein wolle.

Holländische Zigarren.

Die niederländische Regierung hat die Ausfuhr von 500 Millionen Stück Zigarren erlaubt. (Köln. Ztg.)

Die vier französische Milliardenforderungen.

Safel, 23. Oktober. (Privatmeldung.) Die „Times“ meldet aus Paris: Eine Kommission im Ministerium des Äußeren besetzt sich mit der Festsetzung der Schadenserjahnungspräge für die durch den Krieg verwüsteten, jetzt wieder freien Gebiete. Obwohl endgültige Zahlen noch nicht festliegen, kann man mit einer Gesamtforderung von rund 20 Milliarden Franken rechnen.

Die Alliierten an der Donau.

Französischer Orientbericht vom 20. Oktober. Am 19. Oktober erreichten französische Truppen 34 Tage nach Eröffnung der Offensiv die Donau in der Gegend von Widin und trafen Maßnahmen, um den Verkehr dort abzuschneiden. Ein feindlicher Monitor wurde auf dem Korduzer durch unser Artilleriefeuer zum Auflaufen gezwungen. Am gleichen Tage bemächtigten sich die alliierten Streitkräfte Zajecars. Ihre Vortruppen gelangten bis 10 Kilometer vor Paracin an die Morava. Die serbischen Truppen stehen nördlich Alessinia und Krusovac in Fühlung mit stark verhängten deutschen Truppen

Der Prozeß Caillaux.

In Frankreich regt mit den Erfolgen der französischen Waffen die Reaktion in der äußeren wie inneren Politik. Clemenceaus kurzes Programm: „Je fais la guerre, la guerre partout“ (Ich mache Krieg, überall Krieg) gibt den Feinden Frankreichs so gut wie keinen Grund zum Feiern. Die Hauptrolle wird er in diesen Tagen im Prozeß Caillaux vor dem Senat spielen, der als Staatsgerichtshof an die Stelle des ursprünglich in Aussicht genommenen Kriegsgerichts getreten

ist. Die genau formulierte Anklage gegen Caillaux ist nicht bekannt. Es sollen 5000 einzelne Beweismittel oder Beweismittel vorliegen. Die wichtigste Anklagebeweise werden angeführt: die angebliche Freundschaft mit dem wegen Hochverrats erschossenen Rascha, ein Vorstoß von mehreren zehntausend Francs an Almeida, der ebenfalls des Hochverrats angeklagt war und dann im Gefängnislazarett in geheimnisvoller Weise um sein Leben kam; ein aufgefangenes Telegramm des nicht rühmlich bekannten deutschen Gesandten in Argentinien, des Grafen Lützow, der von der deutschen Presse angeblich auf Wunsch Caillaux — Caillaux war während des Krieges für die französische Propaganda in Südamerika tätig — die Vermeidung eines Kompromittierenden Lobes Caillaux verlangt; endlich der Inhalt eines Bankheftes in Florenz, das neben Wertpapieren auch angeblich die Liste eines revolutionären Ministeriums enthalten haben soll.

Schon der letzte Punkt — der Vorwurf einer „böswilligen“ Unfürsichtigkeit — klingt mehr als sonderbar gegenüber einem Mann, der als vielfacher Millionär — man spricht von 12 Millionen — sicherlich nicht zum Bestimmungsgenossen von Trost und Lenin vom Schicksal vorher bestimmt gewesen ist. In der Tat war Caillaux nur ein aufgeklärter Finanzpolitiker, der das gerade für Großmachtziele absolut unzulängliche französische Steuerwesen durch Einführung der Einkommensteuer verbessern wollte. Zog er sich dadurch den erbitterten Haß der Geldadipositen zu, so hätte er als Ministerpräsident die Revancheapotheke und Generale auf tiefe getränkt, wähl er statt den Krieg mit Deutschland zu „machen“ das Marokkoabkommen schloß, das für Frankreich wahrhaftig kein Schaden gewesen ist. Aber der Haß seiner erbitterten Gegner, der durch die Entdeckung des ihm feindlichen Direktors des „Figaro“, Calvette, durch seine Frau und ihren späteren Freispruch, aufs äußerste geheizt war, verfolge den Staatsmann und sein früherer Gönner Clemenceau ist es, der jetzt der Welt das Schauspiel bereitet, wie ein ehemaliger Ministerpräsident Frankreichs vor dem Staatsgerichtshof auf dem Armhünderbänkelein sitzt.

Unstern in Spanisch-Marokko.

Die „Times“ melden aus Tanger, daß in der ganzen Gegend von Melilla Anarchie herrsche unter Raisul als Diktator und seinen Unterwürigen. Er habe gegenüber allen spanischen Lagern Boykott angeordnet und die spanische Autorität sei gleich null. Die Eingeborenen in der spanischen Zone werden mit Waffen ausgerüstet, um die Franzosen anzugreifen. In voriger Woche wurden Dörfer im französischen Schutzgebiet in Brand gesteckt.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 24. Oktober. (Amtlich.) Im Monat September haben die Mittelmächte rund 440000 Brutto-Registertonnen des für unsere Flotte nutzbaren Handelschiffsraumes versenkt. — Nach neuen Berichten sind außerdem weitere 36000 Brutto-Registertonnen Schiffsraum durch unter kriegerischen Maßnahmen schwer beschädigt in feindlichen Häfen eingebraucht.
Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Aus Nah und Fern.

Erdbeden in Guatemala. In Guatemala hat ein Erdbeben stattgefunden, wobei 150 Menschen getötet und viel Eigentum zerstört wurde.

Die Grippe in Braunschweig. Infolge weiterer Verbreitung der Grippe, die in Stadt Braunschweig und Umgebung viele Todesopfer fordert, wurden jetzt hier sämtliche städtischen Schulen geschlossen.

Explosion im obereschleischen Vorkriegswerk. Eine schwere Gasexplosion entstand im Kesselhaus 2 im Vorkriegswerk in Oberschleissien, durch welche sieben Personen zu Schaden gekommen sind. Drei Arbeiter wurden getötet, vier Verarbeiteten rinnen liegen mit schweren Verletzungen im Krankenhaus.

Schlagwetter-Explosion. Dienstag abend um 7 Uhr fand auf der Zeche Dorfsfeld 2/3 bei Dortmund in der dritten westlichen Abteilung eine Schlagwetter-Explosion statt. Vier Mann sind tot, vierzehn wurden verletzt. Zwei werden vermisst.

Die Tragödie von Cattaro.

Der österreichische Kaiser hat einen Befehl erlassen, in dem es heißt: In der unangenehmsten Annahme, den Frieden mit den Feinden durch Kundgebungen im Innern der Monarchie zu erreichen, hat eine Anzahl von Ungehörigen meiner Kriegsmarine am 1. Februar 1918 im Golfe von Cattaro den Gehorsam verweigert und Gewalttätigkeiten verübt, die nicht nur den altbewährten Ruf meiner Kriegsmarine gefährden, sondern auch die Kraft meiner Flotte schwer schädigen konnten. Vier Mannschaftenspersonen meiner Kriegsmarine haben diese militärischen Verbrechen bereits mit dem Tode gebüßt, 379 jedoch jetzt als Angeklagte vor Gericht in Cattaro. Trotz der Schwere der Verbrechen, deren die Angeklagten beschuldigt sind, will ich aber im Vertrauen auf die im langen Kriege trotz aller Leiden und Einflüsse nicht zu erschütternde Treue meiner alle Nationen der Monarchie umfassenden Armee und Flotte in diesem einschneidenden Augenblick jetzt Gnade walten lassen, daß ich die Einstellung des Strafverfahrens gegen jene 348 Angeklagten anordne, die bei Verübung der Tat nicht Häufelührer, Hauptführer oder Unteroffiziere waren. Das Verfahren ist daher nur gegen folgende Personen weiterzuführen. (Es folgen die Namen von etwa dreißig Unteroffizieren und Matrosen.)

Die Gehorsamsverweigerung der Matrosen von Cattaro war eine Kundgebung für den Frieden. Sofort nachdem unsere österreichischen Parteigenossen von den Ereignissen in Cattaro und von den ersten handgerichteten Urteilen gegen die Matrosen erfuhr, haben sich unsere Abgeordneten bemüht, den Beschuldigten Rechtshilfe beizustellen und die zuständigen militärischen Stellen zu bewegen, das Verfahren gegen die Matrosen, die nur ihrer Sehnsucht nach dem Frieden Ausdruck gegeben hatten, einzustellen. Bemerkenswert ist nur, daß die verantwortlichen militärischen Stellen dem Kaiser geraten haben, „Häufelührer“ und Unteroffiziere anders zu behandeln, als die übrigen Matrosen, daß also von den Teilnehmern an derselben Handlung die einen harter Strafe verfallen, während die anderen begnadigt werden. Die Auswahl der „Häufelührer“ kann der Sachlage nach nicht ohne Willkür erfolgen und die Unteroffiziere konnten sich einer allgemeinen, die ganze Mannschaft erfassenden Bewegung ebensowenig entziehen oder widersehen wie die anderen Mannschaftspersonen. Haben doch auch die Offiziere keinen aktiven Widerstand leisten können! Die „Wiener Arbeiterzeitung“ hofft daher, daß eine allgemeine Amnestie für alle nicht aus ehrlosen Motiven begangenen Militärdelikte auch die jetzt noch von der Gnade Ausgeschloßenen befreien wird!

Auch in Deutschland schmachtet eine Anzahl Matrosen wegen angeblicher Gehorsamsverweigerung im Gefängnis. Wir hoffen, daß auch für sie bald ein Strafverlaß erfolgen wird.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Gelegene Nummern des „Volksboten“

bitten wir nicht wegzuerwerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.